

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Executive Summary	7
Einleitende Bemerkungen	11
1. Die Entwicklung der türkischen Politik im Südkaukasus	12
2. Armenien – Verhältnis weiterhin schwierig, noch keine Normalisierung	21
3. Aserbaidschan – wichtiger Nachbar in Energiefragen, Armenien als Problem für das bilaterale Verhältnis	36
4. Georgien – gutes Verhältnis, Krieg Georgien-Russland brachte für die Türkei unangenehme Situation	47
5. Russland – wichtiger Wirtschafts- und Energiepartner, zwischen Kooperation und Rivalität im Südkaukasus	59
6. Energiepolitik – Türkische Bestrebungen, Energiekorridor zu werden.....	73
7. Wertung und Ableitungen	83
Quellennachweis	89

Vorwort

Die Türkei befindet sich aufgrund ihrer besonderen geografischen Lage in einer außergewöhnlichen außen- und sicherheitspolitischen Situation. So verfügt sie mit Syrien und Irak über zwei instabile Nachbarn, die wohl noch Jahrzehnte benötigen, um die laufenden politischen und gesellschaftlichen Umbrüche zu bewältigen. Der Iran an der Ostgrenze ist zwar in vielfacher Hinsicht ein wichtiger Partner, aber auch problematisch, weil es für Ankara schwierig ist, eine Balance zwischen dem westlichen Sanktionsregime und gutnachbarschaftlichen Beziehungen zu finden. Über welches Ansehen die Türkei in den arabischen Umbruchstaaten verfügt und wie sehr sie sich engagiert wurde bereits in vorigen Bänden erörtert.

Die Region des Südkaukasus wiederum hat nach Auflösung der Sowjetunion nicht nur zu unabhängigen Staaten geführt, sondern auch Konflikte ausbrechen lassen, die nach wie vor einer endgültigen Lösung harren. Ankara hat von Anbeginn versucht, dabei eine stabilisierende Rolle zu spielen, wobei mit dem Augustkrieg in Georgien 2008 eine gewisse Zäsur in den Außenbeziehungen eingetreten sein dürfte. Neben dem historisch belasteten Verhältnis zu Armenien hat die Türkei in ihrem Engagement vor allem die Erwartungen und Interessen Russlands in sein außenpolitisches Kalkül ein zu beziehen. Dazu kommt die steigende Bedeutung der Energietransitachsen aus dem Kaspischen Raum, über die in hohem Maße der zusätzliche Energiebedarf Europas gedeckt werden soll und wo Aserbeidschan, Georgien und der Türkei entscheidende Bedeutung zukommt.

All diese Aspekte werden im vorliegenden Band von Marius Calligaris, einem ehemaligen österreichischen Botschafter mit langjähriger Erfahrung in der Region und nunmehr assoziierten Forscher am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK), angesprochen und analysiert. Calligaris liefert dabei auch immer knapp und präzise den historischen Hintergrund, was bei der Einschätzung der aktuellen Verhältnisse äußerst hilfreich ist. Dabei kommt direkt und indirekt zum Ausdruck, welchen Interessen Ankara folgt, welche Dilemmata sich auf-

tun und wie die Türkei bestrebt war und ist, seine besondere geographische Lage außen- und sicherheitspolitisch zu nutzen und auszubauen.

Für Leserinnen und Leser mit knappem Zeitbudget wird gleich zu Beginn eine Zusammenfassung der wesentlichen Aussagen und Erkenntnisse geboten, die es ihnen ermöglicht, sich rasch einen Überblick zu verschaffen und selektiv in die Tiefe zu lesen.

Brigadier Dr. Walter Feichtinger
Leiter IFK

Executive Summary

Türkei – Region

- Nach Zerfall der Sowjetunion wurde der Südkaukasus eine neue Dimension der türkischen Außenpolitik.
- Nach anfänglichem starkem Interesse an den drei südkaukasischen Republiken ging das Engagement Ankaras in der Region in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre zurück. Erst der Georgienkrieg 2008 hat die Wichtigkeit des Südkaukasus für die Türkei neu aktualisiert.
- Der Vorschlag von Ministerpräsident Erdogan zur Etablierung einer Südkaukasus-Plattform für Kooperation ist nicht effektiv geworden. Seither gab es keine weitreichenden politischen Initiativen Ankaras in der Region.

Türkei – Armenien

- Das Verhältnis zu Armenien ist historisch belastet durch die „Genozid“-Frage und die Weigerung Jerewans, die Staatsgrenze explizit anzuerkennen. Die Türkei nahm daher keine diplomatischen Beziehungen zu Armenien auf.
- Angesichts der Besetzung aserbaidjanischer Gebiete durch Armenien schloss die Türkei 1993 die Grenze und weigert sich, diese wieder zu öffnen.
- Ab 2005 setzt teilweise ein gewisses Umdenken auf beiden Seiten ein. 2009 unterzeichneten beide Staaten Protokolle über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und die Öffnung der Grenze. Diese wurden in der Folge jedoch nicht ratifiziert, da die Türkei auf dem vorigen Abzug Armeniens aus den besetzten aserbaidjanischen Gebieten besteht. Der Normalisierungsprozess liegt derzeit auf Eis.

Türkei – Aserbaidshon

- Zu Aserbaidshon entwickelten sich nach dessen Unabhängigkeit die Beziehungen rasch.
Ein Kernbereich des Verhältnisses ist trotz immer wieder aufgetretener Differenzen der Energiesektor. 2011 beschlossen beide Staaten etwas überraschend den Bau einer gemeinsamen trans-anatolischen Gaspipeline.
- In der Nagornij-Karabach-Frage unterstützt die Türkei seit Beginn des Konfliktes den Standpunkt Bakus.
- Der türkische Versuch einer Aussöhnung mit Armenien brachte eine Zeitlang Turbulenzen in die Beziehungen.

Türkei – Georgien

- Zu Georgien blieben die Kontakte zunächst auf bescheidenem Niveau. Ab Mitte der 90er-Jahre kam es zu einem starken Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen. Georgien ist für die Türkei das Tor bzw. die Verbindung zum Kaspischen Raum und zu Zentralasien. Ein wesentlicher Faktor ist die Partnerschaft, zusammen mit Aserbaidshon, auf dem Energiesektor durch die diese drei Länder verbindenden Pipelines.
- Die Georgienkrise 2008 bedeutete einen für die Türkei unangenehmen bewaffneten Konflikt zwischen dem befreundeten Nachbarn Georgien und dem wichtigen Wirtschaftspartner Russland. Ankara nahm daher eine vorsichtige und eher ambivalente Position ein.

Türkei – Russland

- Das Ende des Kalten Krieges brachte im Verhältnis zu Russland eine neue Phase und den Beginn guter Beziehungen. Insbesondere nach Regierungsantritt der AKP 2002 traten ein rascher Ausbau der Kontakte, insbesondere auf dem Wirtschaftssektor, und eine starke Intensivierung des Besuchs-austausches ein. Auf au-

ßenpolitischem Gebiet gibt es teilweise Übereinstimmung, in Regionalfragen jedoch einige Differenzen.

- Enge Beziehungen gibt es auf dem Energiesektor. Russland ist der wichtigste Lieferant von Gas und Öl. Dadurch herrscht eine gewisse Abhängigkeit Ankaras von Moskau.
- Das Verhältnis ist insgesamt von einem Dualismus zwischen Partnerschaft und Rivalität gekennzeichnet. Ankara unternimmt in der Region nichts gegen grundsätzliche Interessen Moskaus.

Türkei – Energiesektor

- Die Türkei strebt die Rolle eines Energiekorridors vom Kaspischen Raum nach Westeuropa an. Dies würde ihren internationalen Stellenwert erhöhen.
- Die Ölpipeline Baku-Tbilisi-Ceyhan und die Gasleitung Baku-Tbilisi-Erzurum sind seit 2006 bzw. 2007 in Betrieb.
- Verschiedene Großprojekte für eine durchgehende Gaspipeline von Aserbaidschan nach Westeuropa liegen vor. 2011 haben Ankara und Baku den Bau einer transanatolischen Pipeline beschlossen.
- Der Georgienkrieg 2008 hat ein Fragezeichen hinter die Rolle der Türkei als sicherer Energiekorridor Richtung Westen gesetzt.

Wertung, Ableitungen

- Das Hauptinteresse Ankaras in der Region ist die Aufrechterhaltung der Stabilität, um das Ziel, ein Energiekorridor zu werden, nicht zu gefährden. Die Sicherheit im Südkaukasus soll nach türkischer Ansicht von den Staaten der Region ohne Einfluss auswärtiger Mächte garantiert werden.
- Der Südkaukasus ist – mit Ausnahme des Energiesektors – derzeit keine Priorität der türkischen Außenpolitik.
- Die beiden großen türkischen Initiativen, nämlich der Vorschlag einer Südkaukasus-Plattform und die Normalisierung mit Armenien waren nicht erfolgreich.

- Größtes Hindernis für eine stärkere Rolle der Türkei in der Region ist der Nagornij-Karabach-Konflikt und damit verbunden das ungelöste Verhältnis zu Armenien. Aus heutiger Sicht sind in nächster Zeit keine weitreichenden Initiativen Ankaras im Südkaukasus zu erwarten.
- Die türkische Politik in der Region widerspricht nicht den westlichen Interessen.
- Bei einem allfälligen Tätigwerden des internationalen Konflikt- und Krisenmanagement betreffend den Südkaukasus bestünden derzeit nur beschränkt Kooperationsmöglichkeiten mit der Türkei.

Einleitende Bemerkungen

Im Rahmen der teilweisen Umorientierung der türkischen Außenpolitik in den letzten Jahren im Sinne einer stärkeren Beachtung der Nachbarregionen sind auch der Südkaukasus und die Schwarzmeer-Region stärker in den Blickpunkt gerückt. Betreffend letztere ist allerdings festzuhalten, dass die Türkei – zum Unterschied zu manchen westeuropäischen Staaten – diese politisch nicht als Ganzes betrachtet, sondern ihre Beziehungen mit den Staaten dieses Raumes individuell gestaltet.

Im vorliegenden Papier soll das Verhältnis der Türkei zu Armenien, Aserbaidschan und Georgien beleuchtet werden. Da im Südkaukasus die Interessen der Türkei und Russlands direkt aufeinander treffen, wird auch die Entwicklung der Beziehungen zwischen Ankara und Moskau dargelegt.

Ein weiterer, für die Stellung der Türkei im Verhältnis zu den genannten Staaten bedeutender Faktor, nämlich die Energiepolitik, wird in einem eigenen Abschnitt untersucht.

Daran schließen sich eine Wertung und Ableitungen. Die Untersuchungen wurden mit Juni 2012 abgeschlossen.

1. Die Entwicklung der türkischen Politik im Südkaukasus

Im strikt zentralistischen System der Sowjetunion gab es praktisch keine bilateralen Kontakte zwischen der Türkei und den drei südkaukasischen Sowjetrepubliken. Der Grenzverkehr war äußerst beschränkt, alle Verbindungen liefen über Moskau. Aus diesem Grunde waren angesichts der sowjetischen Empfindlichkeiten auch die Kontakte Ankaras mit den türkischstämmigen Bevölkerungsgruppen in Aserbaidschan und in Zentralasien sehr schwierig.

Die türkische Aufmerksamkeit für die Situation im Südkaukasus begann im Jänner 1990, als sowjetische Truppen in Baku einmarschierten, um Angriffen auf die armenische Minderheit in Aserbaidschan ein Ende zu bereiten. Mehrere hundert Aserbaidschaner wurden getötet. Allerdings bezog die Regierung in Ankara einen vorsichtigen Standpunkt und betonte, es handle sich um eine interne Angelegenheit der Sowjetunion. Es erfolgte auch keine Anerkennung der (gescheiterten) Unabhängigkeitserklärung Aserbaidschans vom 20. Jänner 1990.

Im März 1991 besuchte Turgut Özal (1983-1989 Ministerpräsident, 1989-1993 Präsident) im Rahmen einer Reise durch einige Teile der Sowjetunion erstmals auch Aserbaidschan. Im April 1991 reiste der damalige türkische Botschafter in Moskau nach Jerewan.

Mit Zerfall der Sowjetunion beginnt die türkische Südkaukasus-Politik

Das Ende des Kalten Krieges und der Zusammenbruch der Sowjetunion brachten für Ankara den Wegfall der Bedrohung durch Moskau. Andererseits befürchtete man in türkischen Regierungskreisen den Rückgang der strategischen Wichtigkeit des Landes, insbesondere in den Augen der USA, und damit den Verlust militärischer und finanzieller Hilfe seitens des Westens. Ankara suchte somit nach einer neuen Rolle, um seinen Stellenwert für die westliche Staatengemeinschaft zu erhalten. Die

Chance bot sich in dem strategischen Vakuum, das nach Ende der Sowjetunion im Südkaukasus (und Zentralasien) entstanden war.

Die Situation hatte sich verändert. An Stelle der früheren 619 km langen Grenze zur Sowjetunion traten jene mit Georgien (276 km), mit Armenien (325 km) und mit Aserbaidschan (18 km mit der Enklave Nachitschewan). Es entstand eine Pufferzone zwischen der Türkei und dem alten Rivalen Russland. Das Ende des Kalten Krieges bedeutete ironischerweise die „Schließung“ der türkisch-russischen Grenze. Zur Zeit des Sowjetreiches hatte dort trotz Gegnerschaft eine gewisse Stabilität geherrscht. Nunmehr befand sich die Türkei im Zentrum einer neuen politischen Konstellation und einer Zone der Instabilität angesichts der ethnischen Spannungen in der Region. Zudem bestand die Gefahr einer direkten Konfrontation mit Russland betreffend den Südkaukasus (zu welcher es in der Frage Nagornij-Karabach 1993 beinahe kam). Die Schwierigkeiten der neu entstandenen Staaten bei der Organisation ihres politischen Systems, der Mangel an entsprechender Erfahrung und politischer Kultur, der Versuch der Demokratisierung und des Überganges zur Marktwirtschaft, wurden jedoch seitens der Türkei als Möglichkeit angesehen, zu einem Modell für die jungen Staaten zu werden. Dies entsprach dem Wunsch Ankaras nach politischer und wirtschaftlicher Mitgestaltung der Region und nach Unterstützung bei der Einführung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Auch wollte man türkischerseits verhindern, dass das nach Ende der Sowjetunion entstandene Machtvakuum zu einem Sicherheitsproblem für das eigene Land wird. Präsident Özal bezeichnete in einer Rede vor dem Parlament in Ankara die neue Situation als Chance, die enge Allianz mit den USA und Westeuropa mit einer größeren Rolle der Türkei im Südkaukasus und in Zentralasien zu verbinden und dadurch zu einem regionalen Leader aufzusteigen.

Unterstützung für die drei südkaukasischen Republiken

Die Türkei war das erste (im Falle Armeniens nach den USA zweite) Land, welches Ende 1991 die drei südkaukasischen Republiken sowie jene Zentralasiens anerkannte, und machte – mit westlicher Unterstützung – die Stärkung von deren Unabhängigkeit und territorialer Integri-

tät zu einer Priorität (siehe auch in den jeweiligen Länderabschnitten). Im Jänner 1992 wurde die Türkische Agentur für internationale Zusammenarbeit (TIKA) gegründet, um die Hilfeleistung an diesen Raum zu organisieren und zu koordinieren. Die Unterstützung wurde auf den Gebieten der Wirtschaft und Infrastruktur, der Erziehung inklusive Stipendienwesen, der Gesundheit sowie in anderen Bereichen geleistet. Neben TIKA wurden die Konföderation türkischer Wirtschaftstreibender und Industrieller (TUSKON) und der Rat für internationale Wirtschaftsbeziehungen (DEIK) eingerichtet. Direkte Flugverbindungen wurden etabliert. Im Juni 1992 wurde über Vorschlag von Präsident Özal die Black Sea Economic Cooperation (BSEC) zur Förderung von Handel und Investitionen zwischen den Ländern der Region ins Leben gerufen und der Gründungsvertrag von 11 Staaten in Istanbul unterzeichnet. Die Erfolge der BSEC sind bis heute allerdings begrenzt geblieben, da das Gremium zu wenig politische Elemente beinhaltet.

All diese türkischen Aktivitäten waren neben der Unterstützung der neuen Staaten auch auf handfeste eigene wirtschaftliche Interessen gerichtet, insbesondere der Bauindustrie für infrastrukturelle Vorhaben, wie die Errichtung von Straßen und Flughäfen. Ein wesentliches Element war hier der Rückgang der Wirtschaftskontakte mit dem Nahen Osten auf Grund des Irak-Iran-Konfliktes und des Golfkrieges 1991. Die Türkei suchte nach neuen Märkten.

Die türkischen Bemühungen hatten sich nach 1991 allerdings zuerst eher auf die Staaten Zentralasiens mit deren – Ausnahme Tadjikistan – türkischstämmiger Bevölkerung gerichtet. Im Oktober 1992 veranstaltete Özal in Istanbul ein Gipfeltreffen der Turkstaaten. Letztlich fehlten der Türkei – entgegen den Erwartungen mancher westlicher Experten – trotz ambitiöser Rhetorik aber doch die Kapazitäten für eine Führungsrolle in Zentralasien. Und sie erwies sich auf Grund ihrer politischen Instabilität und der eigenen Schwierigkeiten sowohl wirtschaftlich als auch die Human Resources betreffend als zu schwach, um entscheidende Wachstumsimpulse geben und eine führende Rolle übernehmen zu können. Es blieb somit in der Folge bei der hauptsächlichlichen Orientierung dieser Staaten nach Moskau, nicht zuletzt auch auf Grund der nach Russland ausgerichteten Verkehrsverbindungen. Außerdem wollten die zentralasi-

atischen Länder auch nicht in ein zu starkes Abhängigkeitsverhältnis von der Türkei geraten und suchten ihre Kontakte zum Westen direkt und nicht über türkische Vermittlung. Das Machtvakuum in Zentralasien wurde somit nicht durch Ankara, sondern wiederum durch Moskau gefüllt.

Rückgang des Engagements Ankaras

Nach Enttäuschung dieser Ambitionen fand eine stärkere Hinwendung zum Südkaukasus statt, wobei die türkische Frustration über die mangelnden Fortschritte in den Bestrebungen, den Status eines EG-Beitrittskandidaten zu erreichen, mit einer Rolle gespielt haben könnten. Das Interesse Ankaras an dem Raum wurde wohl auch durch das Wissen um die Energieressourcen Aserbaidschans und deren möglichen Transport aus der Region über die Türkei in den Westen geweckt. Diese Idee begann in der türkischen Politik einen fixen Platz einzunehmen (siehe hierzu im Abschnitt Energiepolitik). Insgesamt verlor jedoch das Engagement Ankaras im Südkaukasus nach dem Tode Özals 1993 deutlich an Schwung. Sein Nachfolger als Präsident, Suleiman Demirel, betonte zwar die strategische Bedeutung der Region, es kam jedoch kaum zu größeren neuen Initiativen, wobei jedoch auch die drei Staaten des Südkaukasus ihrerseits in der Folge der Türkei weniger Beachtung schenkten. Die türkischen politischen Interessen blieben low profile und konzentrierten sich de facto auf den Wunsch nach Aufrechterhaltung des Status quo bzw. darauf, die regionalen ethnischen Konflikte im Südkaukasus zu Beginn der 90er-Jahre (Nagornij-Karabach, Abchasien, Südossetien) nicht wieder aufbrechen zu lassen.

Der Wahlsieg der AKP 2002 und deren Übernahme der Regierung änderten an dieser Situation zunächst praktisch nichts. Trotz stärkerer Hinwendung zur Regionalpolitik setzte die neue Führung im Südkaukasus wenig Aktivitäten. Die AKP hatte anfangs wenig Kenntnis und schwaches Interesse betreffend die Region, im Vordergrund stand der Nahe Osten – vor allem der Irak-Krieg – bzw. das Verhältnis zu den Nachbarstaaten in diesem Raum. Prioritäre Themen der politischen Diskussion unter Regierungsvertretern, Intellektuellen und in den Medien

waren die EU-Kandidatur, Zypern, der wieder aufgelebte PKK-Terror, die Kurdenfrage und die sich abzeichnenden innerpolitischen Veränderungen, einschließlich der Rolle des Militärs. Auf der anderen Seite waren auch Armenien, Aserbaidschan und Georgien mehr mit ihren internen Problemen und ihrem Verhältnis zu Moskau beschäftigt, als mit den Beziehungen zu dem – allerdings wichtigen – Handelspartner Türkei.

Der Südkaukasus fand in den ersten Jahren dieses Jahrtausends in Ankara also wenig Beachtung. Eine Ausnahme bildete die Energiefrage, wobei die Regierung seit ihrem Amtsantritt die frühere Politik Özals weiterverfolgte, die Türkei zu einem Energiekorridor aus Aserbaidschan über Georgien in Richtung Westen zu machen.

Eine gewisse Bewegung trat mit dem wachsenden Einfluss des späteren – ab 2009 – Außenministers Davutoglu ein. Dieser hatte als außenpolitischer Berater von Ministerpräsident Erdogan eine intensiviertere Aktivität gegenüber den Nachbarstaaten und ein Null-Probleme-Verhältnis mit diesen propagiert (die versuchte Normalisierung mit Armenien war Ausfluss dieses neuen Konzeptes – siehe im entsprechenden Länderabschnitt).

Der Georgienkrieg 2008 als Wendepunkt

Den quasi „Durchbruch“ brachte der Krieg zwischen Georgien und Russland im August 2008, der die Türkei unerwartet traf, deutliche Instabilität in die Region brachte und die Bedeutung des Südkaukasus für die Sicherheit der Türkei und deren Interessen aktualisierte. Der Krieg führte zu einer Störung des politisch-militärischen Gleichgewichtes in dem Raum. Ankara wurde deutlich vor Augen geführt, dass regionale Konflikte die eigene Sicherheit beeinträchtigen. Der Krieg stellte eine Art Wendepunkt in der türkischen Südkaukasus-Politik dar und Ankara entwickelte eine neue Dynamik hinsichtlich der Region, welche sich vor allem in zwei Initiativen niederschlug: dem Vorschlag nach einer Südkaukasus-Plattform (siehe nachstehend) und dem Versuch der Normalisierung des Verhältnisses zu Armenien (siehe im einschlägigen Länderabschnitt). Hierbei muss festgehalten werden, dass die Türkei im Falle

beider Initiativen die Interessen Russlands im Auge behielt. Ankara war durch die Krise in Erinnerung gerufen worden, sich im Kaukasus in einer Zone überlappender Nachbarschaft mit Moskau zu befinden, das seinen Anspruch auf privilegierte Interessen und seine Rolle als Ordnungsmacht in der Region angemeldet hatte.

Ein zusätzliches Motiv für das Tätigwerden der Türkei war nach Ansicht einiger Beobachter möglicherweise auch die Befürchtung, dass die neue US-Administration am Südkaukasus weniger Interesse entwickeln würde als Präsident Bush (welcher insbesondere die pro-westliche Politik des georgischen Präsidenten Saakashvili und dessen NATO-Ambitionen stark unterstützt hatte). Nach dieser Meinung wollte man sich türkischerseits in Position bringen, um eine stärkere Rolle in der Region zu übernehmen.

Vorschlag einer Südkaukasus-Plattform

Nach Ausbruch des Krieges unternahm Ankara intensive diplomatische Anstrengungen um die Krise einzudämmen. Deren Kernstück war der von Ministerpräsident Erdogan eingebrachte Vorschlag der Schaffung einer Kaukasus-Plattform für Stabilität und Kooperation. In dieser sollten die Türkei, Russland, Georgien, Armenien und Aserbaidschan vertreten sein. Ziel der Plattform sollte es sein, als Dialogforum Spannungen zu überwinden, regionalen Frieden und Stabilität zu stärken, Konflikte zu verhüten, die Beziehungen zwischen den einzelnen Staaten zu verbessern und die Energietransportrouten zu sichern.

Es ist bezeichnend, dass Erdogan seinen Plan am 13. August (Ausbruch des Krieges am 7. 8.) in Moskau anlässlich eines Zusammentreffens mit Präsident Medwedew und Ministerpräsident Putin vorstellte. Nach türkischer Ansicht kommt Russland die primäre Rolle in der Stabilisierung oder Destabilisierung im Südkaukasus zu und muss daher in jede Regionalinitiative eingeschlossen werden. Danach reiste Erdogan zu Präsident Saakashvili nach Tbilisi. Dem aserbaidischen Präsidenten unterbreitete er sein Projekt am 20. August in Baku. Präsident Gül informierte seinen armenischen Kollegen Sargsyan bei seinem Besuch in Jerewan

am 6. September (siehe hierzu im Länderabschnitt Armenien). Die USA waren zu ihrer Verärgerung in das Projekt nicht vorher eingeweiht worden. Es ist dies ein möglicher Grund, dass die Reise von Vizepräsident Cheney in die Region Ende August/Anfang September die Türkei nicht einschloss (während sich Außenminister Lawrow zum selben Zeitpunkt in Istanbul aufhielt).

Gül erläuterte in einem Interview für die Zeitung Guardian am 18. August den türkischen Vorschlag wie folgt: Wenn Stabilität in der Region herrscht und Probleme gelöst werden können, bevor sie ein größeres Ausmaß annehmen, und ein sicheres Umfeld herrscht, wird dies wirtschaftlichen Wohlstand für die Bevölkerung der Region bringen.

Es wird angenommen, dass der Plan eine spontane Reaktion auf den Georgien-Krieg war – der u.a. Ankara die jederzeitige Verwundbarkeit der Pipelines BTC und BTE (siehe im Abschnitt Energiepolitik) vor Augen führte – und nicht eine seit längerem geplante Aktion.

Hiezu wäre zu bemerken, dass die Idee eines derartigen Dialogforums nicht neu ist. Schon Präsident Demirel regte im Jänner 2000 die Schaffung eines Stabilitätspaktes für den Kaukasus unter der Ägide der OSZE an. Dieser sollte die drei südkaukasischen Staaten, Russland, die Türkei, den Iran, aber auch die USA, die EU und die OSZE umfassen. Der Vorschlag scheiterte damals vor allem an den Vorbehalten Moskaus, welches ihn als gegen seine nationalen Interessen gerichtet ansah. Manche Beobachter vermuten, dass Demirel nicht zuletzt ein Übergreifen des Tschetschenien-Krieges auf den Südkaukasus verhindern wollte. 1999 hatte übrigens der damalige georgische Präsident Schevardnadze beim OSZE-Gipfel in Istanbul einen ähnlichen Vorschlag unterbreitet und Unterstützung seitens Armeniens und Aserbaidschans erhalten.

Die Reaktionen der betroffenen Staaten auf den Vorstoß Erdogans fielen unterschiedlich aus:

- Russland reagierte positiv (wohl nicht zuletzt auch deshalb, weil die USA ausgespart waren). Dies dürfte einerseits in dem Bestreben begründet gewesen sein, nach der Invasion Georgiens seine konstruktive Haltung unter Beweis zu stellen. Andererseits sah

man in Moskau die Plattform offenbar als Möglichkeit an, die dominierende Rolle im gesamten Südkaukasus zu stärken und die historische Einflusszone besser kontrollieren zu können.

- Die klarste Zustimmung kam aus Armenien, welches in der Plattform eine Chance sah, seine Isolation zu durchbrechen (siehe hierzu im einschlägigen Länderabschnitt) Außenminister Nalbandian erklärte, man sei an einem Dialog über regionale Sicherheit und Kooperation sehr interessiert.
- Der aserbajdschanische Außenminister Mammadyarov zeigte sich eher zurückhaltend, lobte jedoch grundsätzlich die türkische Initiative.
- Ablehnung gab es zunächst seitens Georgiens: Man könne nicht einer Allianz beitreten, welche einen Dialog mit Moskau einschließe, dessen Truppen einen Teil des Territoriums besetzt hielten. Außerdem bemängelte Saakashvili die Nichteinbeziehung der USA und der EU. Nach dem Hinweis Erdogans, dass Georgien durch sein Abseitsstehen eine Selbstisolierung riskiere, stimmte Saakashvili letztlich einer Teilnahme zu.
- Negativ reagierte Teheran, ein regionales Gleichgewicht könne ohne den Iran nicht hergestellt werden.

Kein Erfolg der türkischen Initiative

Es war jedoch von Anfang an zu erkennen, dass der Erfolg der ehrgeizigen türkischen Initiative sehr fraglich sein würde. Zu groß sind die bilateralen Probleme zwischen den einzelnen Plattform-Mitgliedern. Aserbajdschan hat grundsätzlich kein Interesse an einer Kooperation mit Armenien, solange der Nagornij-Karabach-Konflikt nicht gelöst ist. Georgien befürchtet durch die Plattform eine Zunahme des Einflusses Russlands in der Region und lehnt nach Anerkennung von Abchasien und Südossetiens seitens Moskaus eine Zusammenarbeit mit diesem ab. Hierzu kommt die mangelnde Normalisierung des türkisch-armenischen Verhältnisses (siehe Länderabschnitt Armenien). Ferner sind die Türkei und Russland – trotz der guten bilateralen Beziehungen – im Südkaukasus eher Konkurrenten um politischen Einfluss als Partner und auch seitens der drei Staaten des Raumes würde die Plattform vermutlich vor

allein als Forum für die Vertretung der eigenen Interessen angesehen werden. Eine Schwäche des türkischen Vorschlages war auch die Nicht-einbeziehung wichtiger Akteure, wie die USA und die EU. Zwar fand in der Folge am Rande einer OSZE-Ministerkonferenz ein Treffen der Plattform-Staaten auf Ebene von Vize-Außenministern statt, danach ist jedoch kein follow up bekannt geworden. Beim Besuch von Präsident Gül in Moskau im Februar 2009 wurde in einer Erklärung zwar „die von der Türkei vorgeschlagene Plattform als konstruktive Initiative“ bezeichnet, insgesamt muss der Vorschlag jedoch als „Totgeburt“ eingestuft werden.

Manche Beobachter meinen, trotz des logischen Interesses Ankaras an Stabilität in der Region – nicht zuletzt wegen deren Schlüsselstellung betreffend den Energietransport aus dem Kaspischen Raum – habe der Vorschlag doch eine gewisse Realitätsferne gezeigt. Andere bezeichnen ihn als in Wahrheit nicht wirklich resultatorientierte leere Geste, um das Prestige Erdogans in der Region und auf der internationalen Bühne zu erhöhen. Ankara habe von Anfang an nicht mit einem tatsächlichen Erfolg gerechnet. Einer weiteren Ansicht zufolge wurde die Initiative auch in dem Bestreben lanciert, zu dokumentieren, dass die Türkei nicht nur gegenüber dem Nahen Osten und der arabischen Welt über eine regionale Strategie verfügt, sondern auch betreffend den Südkaukasus. Zu bemerken wäre auch, dass die Idee der Plattform sich in die permanente türkische Tendenz einfügt, vermittelnd tätig zu werden.

Zuletzt keine weitreichenden Initiativen Ankaras in der Region

Interessant ist, dass die Türkei nach ihren beiden groß angelegten, jedoch erfolglosen Initiativen – dem Vorschlag der Plattform 2008 und dem Versuch der Normalisierung, des Verhältnisses zu Armenien 2009 – keine weitreichenden politischen Aktionen in der Region gesetzt hat. Das Interesse Ankaras hat sich danach wieder verstärkt dem Nahen Osten zugewandt. Der Südkaukasus ist derzeit – außer vielleicht auf dem Energiesektor – keine Priorität der türkischen Außenpolitik.

2. Armenien – Verhältnis weiterhin schwierig, noch keine Normalisierung

Die Türkei hat Armenien (als zweites Land nach den USA) am 16. Dezember 1991, also noch vor dem formellen Ende der Sowjetunion anerkannt. Anders als im Falle Aserbaidschans und Georgiens erfolgte jedoch trotz entsprechendem Wunsch Jerewans keine quasi automatische Aufnahme diplomatischer Beziehungen.

Historische Belastung des Verhältnisses

Der Grund liegt in einer doppelten historischen Belastung des Verhältnisses: Einerseits fordert Armenien von der Türkei, das Umkommen vieler Armenier durch Tötung oder im Zuge der Deportation 1915 als „Genozid“ anzuerkennen. Insbesondere die Diaspora (vor allem in den USA, Russland und Frankreich) – welche zahlenmäßig etwa doppelt so stark ist als die Bevölkerung Armeniens – betreibt dieses Ansinnen. Eine zusätzliche Verhärtung in dieser Frage trat dadurch ein, dass Präsident Kotscharian (1998-2008) dies zu einem Angelpunkt der armenischen Außenpolitik machte und die Frage im Wege der Diaspora international politisierte. Der frühere Außenminister Oskanian erklärte beispielsweise 2005, Armenien werde niemals auf den Anspruch nach Anerkennung des „Völkermordes“ verzichten.

Die Türkei lehnt die armenische Forderung strikte ab und bezeichnet die Ereignisse 1915 als „Umsiedlung mit Opfern“. Dies entspricht vor allem dem türkischen Nationalstolz und Selbstwertgefühl. Allerdings befürchtet man in Ankara auch, dass die Anerkennung als „Genozid“ eine Welle finanzieller (und vielleicht sogar territorialer) Kompensationsforderungen nach sich ziehen würde. Dies gilt juristisch insofern als unbegründet, als gemäß der Konvention über Prävention und Bestrafung von Völkermord 1948 keine rückwirkende Klage gegen Völker und Staaten möglich ist.

Andererseits enthält die armenische Unabhängigkeitserklärung einen Artikel, in welchem von „Westarmenien“ die Rede ist. Dabei handelt es sich um Gebiete, welche 1921 im Vertrag von Kars zwischen der Türkei und der (damals allerdings formell noch nicht existierenden) Sowjetunion über den Verlauf der gemeinsamen Grenze seitens letzterer an die Türkei abgetreten wurden. In Ankara sieht man im Terminus „Westarmenien“ Territorialforderungen Armeniens an die Türkei und verlangt die explizite Anerkennung des Vertrages von Kars und der Staatsgrenze. Jerewan argumentiert, dass man durch den OSZE-Beitritt das Prinzip der Unantastbarkeit der Grenzen bereits akzeptiert habe. Allerdings wurde 1991 durch das armenische Parlament eine Resolution über die Nichtanerkennung des Vertrages von Kars verabschiedet. Hiezu wäre zu bemerken, dass in den Augen vieler Armenier das Bekenntnis zur heutigen Grenze den Verzicht auf „historisches Vaterland“ bedeuten würde und es für die Regierung sehr schwer wäre, den entsprechenden Schritt hinsichtlich deren Respektierung zu setzen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass US-Präsident Woodrow Wilson nach dem Ersten Weltkrieg die Idee einer Rückgabe von Teilen Nordostanatoliens an einen zu gründenden armenischen Staat ventilerte.

Nach der Unabhängigkeit Armeniens gab es allerdings Bemühungen um die Etablierung freundschaftlicher Beziehungen. Im April 1992 reiste der damalige türkische Botschafter in Moskau, Vural, nach Jerewan zwecks Diskussion des künftigen Verhältnisses (siehe auch Abschnitt 1). In der Folge besuchte eine hochrangige armenische Delegation Ankara zu Gesprächen über Handel und Zusammenarbeit. Ein türkisch-armenisch-amerikanisches Konsortium schlug den Ausbau des Hafens von Trabzon für den Warenverkehr mit Armenien vor. Ein Entwurf für einen Vertrag über gutnachbarliche Beziehungen wurde ausgearbeitet und die Türkei eröffnete 1992 eine Vertretung in Jerewan.

1992 leistete Ankara humanitäre Hilfe in Form der Lieferung von Weizen und elektrischen Stroms (letzteres wurde aber angesichts eines Protestes Aserbaidschans – Nagornij-Karabach-Krieg! – storniert). Ebenfalls 1992 lud die Türkei Armenien ein, der Black Sea Economic Cooperation (BSEC) als Gründungsmitglied beizutreten und Präsident Ter

Petrosian reiste zu diesem Zweck zu einem Gipfel nach Istanbul. Des- sen Wille zur Herstellung guter Beziehungen zu Ankara kam auch da- durch zum Ausdruck, dass er Außenminister Hovanissian wegen einer anti-türkischen Rede im Ministerkomitee des Europarates entließ. Au- ßerdem suchte Ter Petrossian, negativen Medienberichten über eine Be- drohung Armeniens durch die Türkei entgegenzuwirken, und die Terri- torialfrage (siehe oben) zu entschärfen. Belastend für das Verhältnis wirkten andererseits Berichte über die Unterstützung der PKK durch armenische Gruppen mittels Waffenlieferungen und militärischem Trai- ning.

Das Problem Nagornij-Karabach, Schließung der Grenze

Der Nagornij-Karabach-Konflikt brachte angesichts der engen Bezie- hungen der Türkei zu Aserbaidshan eine zusätzliche Komplikation in das Verhältnis zwischen Ankara und Jerewan. Nach Eroberung des aser- baidshanischen Bezirkes Kelbajar durch armenische Truppen (siehe hiezu im Länderabschnitt Aserbaidshan) beendete die Türkei die Ge- spräche über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und schloss die Grenze. Auch die Eisenbahnlinie Kars – Gyumri wurde unterbrochen. Allerdings öffnete Ankara nach dem Waffenstillstand 1994 seinen Luft- raum für humanitäre Hilfsflüge nach Armenien.

Armenien forderte in der Folge immer wieder die Aufnahme diplomati- scher Beziehungen und die Grenzöffnung. Die Türkei stellte hierfür drei Bedingungen:

- a) die Einstellung der „Genozid“-Kampagne seitens Armeniens;
- b) die ausdrückliche Anerkennung des Grenzverlaufes und den Ver- zicht auf territoriale Ansprüche;
- c) den Abzug der armenischen Truppen aus Nagornij-Karabach und den umliegenden besetzten Gebieten.

Diese Voraussetzungen wurden seitens Jerewans abgelehnt, wo man den Standpunkt vertrat, erst sollten Beziehungen aufgenommen und die Grenze geöffnet werden, dann könne man die offenen Probleme erör- tern. Ein Treffen der Außenminister Gül und Oskanian brachte 2003 diesbezüglich keine Fortschritte.

Den armenischen und internationalen Forderungen, auch von EU-Seite, nach Öffnung der Grenze trat die Türkei stets mit dem Argument entgegen, dass diese de facto ohnedies nicht geschlossen sei. Ca. 100.000 Armenier leben (meist illegal) in der Türkei und es gab im Laufe der Jahre immer wieder gegenseitige Besuchsdelegationen, etwa von Journalisten und Wissenschaftern. Zwischen der Middle East Technical University in Ankara und der Universität Jerewan besteht ein Vertrag über Studentenaustausch. Außerdem gibt es einen Warenverkehr via Georgien. Seit 1997 existiert ein Turkey Armenian Business Development Council (TABDC) zwecks Förderung der Geschäftsbeziehungen (welcher auch die Restaurierung armenischer Kirchengüter in der Türkei unterstützt). Ca. 40.000 armenische Touristen besuchen jährlich die Türkei. Eine private armenische Luftfahrtgesellschaft bedient die Strecke Jerewan-Istanbul.

Prozess des Umdenkens auf beiden Seiten

Trotz Beibehaltung der türkischen Bedingungen für eine Normalisierung setzte jedoch nach dem Regierungsantritt der AKP 2002 ein Prozess eines gewissen Umdenkens ein. Ministerpräsident Erdogan unterbreitete 2005 den Vorschlag der Einsetzung einer gemeinsamen Historikerkommission zur Untersuchung der Ereignisse von 1915 und versprach 2006 auf einem OSZE-Gipfel, dass sich die Türkei an die Erkenntnisse der Kommission gebunden fühlen werde. Präsident Kotscharian reagierte ablehnend und erklärte, diese könne erst nach einer Normalisierung zusammentreten. Verschiedene türkische Persönlichkeiten, wie der Schriftsteller Orhan Pamuk oder der armenischstämmige Journalist Hrant Dink begannen offen die Armenienfrage in ihrer historischen Dimension zu thematisieren. Zwei liberale Universitäten in Istanbul veranstalteten im September 2005 eine Armenien-Konferenz, wobei im Zuge der Diskussionen das Tabu-Wort „Genozid“ fiel (eine türkische Zeitung schrieb damals, darüber sei die Welt auch nicht eingestürzt). Türkischerseits wurde die Restaurierung armenischer Kirchen und Klöster in Angriff genommen (siehe oben), die sich bis heute fortsetzt. Die Ermordung Hrant Dinks brachte bei seinem Begräbnis in Istanbul hunderttausende mit Solidaritätsparen auf die Strasse. Der armenische Vize-Außen-

minister Kirakossian nahm ebenfalls an der Beerdigung teil. Präsident Gül sandte nach der Wahl Sargsyans zum Staatspräsidenten im Februar 2008 in freundlichem Ton gehaltene Glückwünsche. Im Juli desselben Jahres trafen die beiden anlässlich der 10-Jahres-Feier Astanas dort zusammen. Im Juli 2008 fand in Jerewan ein Symposium über „Geschichte und Identität: Brückenbau für Dialog und Verständnis“ statt. Im Dezember 2008 unterzeichneten 200 türkische Intellektuelle und ca. 30.000 Personen ein Manifest mit einer Entschuldigung für die „große Katastrophe“ – womit die Ereignisse von 1915 gemeint sind (die Kampagne wurde allerdings von Regierungsseite kritisiert). Ebenfalls 2008 meldeten türkische Zeitungen, das Erziehungsministerium habe an Schulen Propagandafilme mit Schuldzuweisungen an die armenische Seite betreffend die Ereignisse 1915 verteilt. Die Filme wurden in der Folge zurückgezogen.

Auf armenischer Seite kam im Februar 2008 mit der Wahl von Serzh Sargsyan zum Präsidenten, der einen flexibleren Kurs als sein Vorgänger Kotscharian verfolgte, Bewegung in das Verhältnis. Der Grund ist einerseits wohl darin zu suchen, dass die Präsidentschaftswahlen nach Ansicht der internationalen Beobachter von schweren Unregelmäßigkeiten gekennzeichnet waren, was innerpolitische Turbulenzen mit sich brachte und Sargsyan für Armenien negative Konsequenzen im Europarat und der OSZE befürchten musste. Er wollte vermutlich durch eine flexiblere Haltung in der Türkei-Frage gegensteuern und außenpolitisch „Gutpunkte“ sammeln, zumal er um die Bemühungen der USA und der EU betreffend die Normalisierung zwischen den beiden Staaten wusste. Im Juni 2008 bekundete er in einer Rede in Moskau das Interesse an einer Aussöhnung mit Ankara und signalisierte Zustimmung zu der Historikerkommission (letzteres musste er unter dem Druck der Diaspora und der Opposition in der Folge allerdings wieder zurücknehmen).

Andererseits hatte die Georgien-Krise im August 2008 durch Unterbrechung der Transitverbindungen (70-90% der armenischen Importe bzw. Exporte gehen über Georgien, es war zu Engpässen in der Getreide- und Treibstoffversorgung gekommen) Jerewan seine eigene Isolation deutlich vor Augen geführt.

Am 6. September reiste Gül in die armenische Hauptstadt, um über Einladung Sargsyans dem WM-Fußball-Ausscheidungsspiel Armenien-Türkei beizuwohnen. Dies stellte ein historisches Ereignis in der modernen Geschichte der beiden Staaten dar. Es wäre allerdings festzuhalten, dass die Einladung keine Konsequenz des Georgien-Krieges war, sondern schon vorher ausgesprochen worden war. Das armenische Fußballteam hatte übrigens schon seit einiger Zeit vorher ein Trainingscamp in Antalya unterhalten.

Ab 2008 liefen unter Vermittlung der Schweiz Geheimverhandlungen. Im März 2009 wurde klar, dass diese erfolgreich verliefen. Präsident Obama besuchte auf seiner ersten Auslandsreise nach Amtsantritt am 6. und 7. April die Türkei und es gab Spekulationen, dass Ankara bei dieser Gelegenheit eine Geste betreffend die Normalisierung setzen würde. Gleiche Hoffnungen gab es hinsichtlich eines Zusammentreffens des türkischen Außenministers Babacan mit seinem armenischen Kollegen Nalbandian beim Gipfel der Allianz der Zivilisationen am 9. April in Istanbul. Der Durchbruch blieb jedoch vorerst aus.

Grundsätzliche Einigung über eine Normalisierung des Verhältnisses

Am 22. April 2009 verkündeten die Türkei und Armenien die Einigung auf eine Road Map für die Normalisierung des Verhältnisses. In der Presseverlautbarung hieß es wie folgt: „Die Türkei und Armenien, zusammen mit der Schweiz als Vermittler, haben intensiv an der Normalisierung der bilateralen Beziehungen und deren Entwicklung im Geiste der guten Nachbarschaft und des gegenseitigen Respekts zwecks Förderung von Frieden und Sicherheit in der Region gearbeitet. Beide Seiten haben hiebei greifbare Fortschritte und gegenseitiges Verständnis in diesem Prozess erzielt. Sie haben sich auf einen umfassenden Rahmen für die Normalisierung der bilateralen Beziehungen geeinigt. In diesem Zusammenhang haben sie eine diesbezügliche Road Map ausgearbeitet. Diese Basis bildet eine positive Aussicht für den weitergehenden Prozess.“ Details hiezu wurden jedoch nicht veröffentlicht.

Es war wohl kein Zufall, dass dieses Datum zwei Tage vor dem 24. April lag: An diesem Tage gedenkt Armenien der „großen Katastrophe“ (Meds Yeghern, siehe oben). Zu diesem Anlass hält der US-Präsident traditionell eine Rede. Im US-Kongress gibt es immer wieder Vorstöße, die Ereignisse von 1915 offiziell als „Genozid“ einzustufen und u. a. den Präsidenten zur Verwendung dieses Wortes zu zwingen. Die US-Administration hat bisher diese Versuche als einer Aussöhnung zwischen Ankara und Jerewan abträglich bezeichnet und stets erfolgreich abgeblockt. Obama hatte zwar im Wahlkampf 2008 versprochen, die Ereignisse 1915 als „Genozid“ anzuerkennen, diese Zusage – wie viele Präsidentschaftskandidaten vor ihm – jedoch bisher nicht eingehalten. Lediglich Präsident Reagan hatte im April 1981 diesen Ausdruck einmal in Kalifornien gebraucht, wo eine starke armenische Diaspora lebt. Hierzu wäre zu bemerken, dass die Armenien-Frage sich immer wieder als Störfaktor in den Beziehungen zwischen der Türkei und den USA erweist. Ankara wollte offensichtlich durch die Zustimmung zur Road Map den 24. April „entschärfen“.

Das Interesse der Türkei an einer Normalisierung dürfte 2009 wie folgt begründet gewesen sein: Einerseits entsprach diese der neuen Politik, mit allen Nachbarn gute Beziehungen zu haben, was zur Stabilität in der Region und zur Stärkung der eigenen Rolle in dieser beitragen sollte. Andererseits wollte man, hinsichtlich der „Genozid“-Vorwürfe in den USA, gegensteuern. Und vermutlich auch gegenüber der EU ein Zeichen setzen, die Ankara immer wieder zur Normalisierung aufgefordert hatte. Außerdem hatte der Georgien-Krieg die Verwundbarkeit der bestehenden Energietransportwege gezeigt, für welche Armenien allenfalls eine Alternative zu Georgien bieten könnte.

Aus armenischer Sicht lag der Wunsch nach Aussöhnung naturgemäß überwiegend in der dadurch zu erreichenden Öffnung der Grenze zur Türkei und der Durchbrechung der Isolation begründet. Außerdem benötigte Präsident Sargsyan aus den oben geschilderten innenpolitischen Gründen einen Erfolg.

Ankara besteht auf dem armenischen Abzug aus den besetzten Gebieten Aserbaidschans

Die Road Map ließ den Schluss zu, dass die Türkei auf eine der bisherigen Bedingungen, nämlich den Abzug Armeniens aus den besetzten aserbaidschanischen Gebieten verzichtet. Es kam zu einer heftigen Reaktion Bakus, das sein außenpolitisches Ziel gefährdet sah, Armenien in Isolation zu halten um es zu Konzessionen in der Nagornij-Karabach-Frage zu zwingen. Daraufhin erklärte Erdogan zwei Tage später, dass eine Normalisierung und Grenzöffnung nicht vor Erfüllung auch dieser Forderung stattfinden könne (siehe hierzu Näheres im Länderabschnitt Aserbaidschan).

Es ist unklar, inwieweit sich die türkische Seite verkalkuliert hat. Möglicherweise rechnete man – ein erstaunlicher Irrtum – nicht mit der scharfen negativen Haltung Aserbaidschans. Es könnte auch sein, dass man in Ankara Hinweise auf einen bevorstehenden Durchbruch hinsichtlich Nagornij-Karabach zu erkennen glaubte oder aber die – wohl kaum berechnete – Hoffnung hegte, dass durch die Normalisierung mit Jerewan dieses zu Kompromissen in dem Konflikt bereit sein würde. Vielleicht baute man türkischerseits auch darauf, Moskau könne im Hinblick auf die guten bilateralen Beziehungen hierbei Hilfestellung leisten – was manche Beobachter als eher „naiv“ bezeichneten. Es hätte in Ankara klar sein müssen, dass Jerewan den Link zwischen der Normalisierung und dem Nagornij-Karabach-Konflikt wohl kaum akzeptieren werde.

Der Aussöhnungsprozess kam ins Stocken, die Vereinbarung, ab Mai 2009 mit internen Konsultationen zur Vorbereitung der öffentlichen Meinung in den beiden Staaten auf die Normalisierung zu beginnen, wurde nicht umgesetzt.

Der türkische „Rückzieher“ löste in der dortigen öffentlichen Meinung überwiegend Zustimmung aus, in einigen Kreisen allerdings teilweise Unbehagen darüber, dass ein anderes Land der eigenen Außenpolitik Beschränkungen auferlegen könne. Die Oppositionsparteien kritisierten – wie üblich – die Haltungsänderung der AKP-Regierung.

Nichtsdestoweniger und eher überraschend wurde am 31. August 2009 verlautbart, dass die Türkei und Armenien zwei Protokolle paraphiert hätten über

- a) die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, beinhaltend auch die Anerkennung der territorialen Integrität und Unverletzlichkeit der Grenzen (siehe oben);
- b) die Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern.

In Dokument b) sind u.a. die Öffnung der Grenze (zwei Monate nach Inkrafttreten der Einigung), regelmäßige politische Konsultationen sowie die Einsetzung einer bilateralen Kommission vorgesehen. Diese soll in sieben Subkomitees die verschiedenen Aspekte der Beziehungen diskutieren, wovon eines deren „historische Dimension“ behandeln wird (letzteres sollte aus Sicht Ankaras es nicht zuletzt den USA ermöglichen, „Genozid“-Vorstöße im Kongress besser abwehren zu können).

Es wurde vereinbart, die oben erwähnten internen Konsultationen innerhalb von sechs Wochen abzuschließen und die Protokolle nach Unterzeichnung der parlamentarischen Behandlung zuzuführen. Nach der Paraphierung unternahm Präsident Sargsyan eine Reise zu den Diaspora-Gemeinden in den USA, Russland und Frankreich um deutlich zu machen, dass sich Armenien trotz bevorstehender Aussöhnung mit der Türkei weiterhin für die Anerkennung des „Genozids“ einsetzen werde.

Die Protokolle wurden – als erstes Dokument zwischen den beiden Staaten – am 10. Oktober 2009 in Zürich durch die beiden Außenminister in Anwesenheit von Vertretern der Schweiz, der USA, Russlands, Frankreichs (diese als Ko-Vorsitzende der Minsk-Gruppe), der EU und des Europarates unterschrieben. Die Unterzeichnungszeremonie wäre beinahe abgesagt worden, da Davutoglu hiebei eine Erklärung zu Nagornij-Karabach abgeben und Nalbandian unter diesen Umständen seine Unterschrift verweigern wollte. Man einigte sich schließlich darauf, dass es keine Statements geben werde. Es ist in diesem Zusammenhang festzuhalten, dass der obgenannte Konflikt in den Protokollen nicht erwähnt wird. Jerewan nimmt diese Ambiguität als Untermauerung seines Standpunktes, dass die Normalisierung und Nagornij-Karabach getrennte Pro-

zesse wären, während man in Ankara die Position einnimmt, dass diese sehr wohl synchron seien.

Die Protokolle sollten am ersten Tag des ersten Monates nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft treten und die Grenze zwei Monate danach geöffnet werden. Vier Tage nach der Unterzeichnung reiste Sargsyan über Einladung Güls zum Fußball-Rückspiel (siehe oben) nach Bursa, wobei er vorher erklärt hatte, dass er dies nur bei Fortschritten tun werde – was mit der Unterzeichnung in Zürich als gegeben schien.

Die Protokolle wurden am 20. Oktober der türkischen Nationalversammlung zugeleitet, eine Behandlung war jedoch – nach allen einschlägigen Zusagen an Baku – ohne armenischen Rückzug aus den besetzten aserbaidjanischen Gebieten nicht zu erwarten. Armenischerseits erfolgte die Befassung des Parlamentes am 12. Februar 2010. Vorher hatte der Verfassungsgerichtshof, dem nach armenischem Recht alle internationalen Dokumente zu Prüfung vorgelegt werden müssen, am 12. Jänner 2010 entschieden, dass die Protokolle nicht der Verfassung widersprechen, jedoch mit dem Zusatz, dass sie nicht in einer Form ausgelegt werden dürften, welche Artikel 11 der Unabhängigkeitserklärung entgegenläuft. Dieser besagt, dass „die armenische Regierung Bemühungen unterstützt, welche zu einer internationalen Anerkennung des Genozids von 1915 in der osmanischen Türkei und in Westarmenien führen“. Seitens des türkischen Außenministeriums wurde daraufhin erklärt, dieses Erkenntnis enthalte Vorbedingungen und Beschränkungen, welche dem Text sowie dem Geist der Protokolle widersprechen und ihre fundamentalen Ziele unterminieren. Dies sei inakzeptabel und eine Ratifizierung komme unter diesen Umständen nicht in Frage. Ankara nützte die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes quasi als „Exit Strategy“.

Treffen zwischen Außenminister Davutoglu und Präsident Sargsyan im Februar in Kiew sowie zwischen Erdogan und Sargsyan am Rande des Gipfels über nukleare Sicherheit in Washington am 12. April 2010 brachte keinen Durchbruch, es wurde lediglich vereinbart, den Normalisierungsprozess „fortzuführen“. Die Verabschiedung einer „Genozid“-Resolution durch den Außenpolitischen Ausschuss des US-Repräsentan-

tenhauses im März 2010 sowie im schwedischen Reichstag war der Sache ebenfalls nicht förderlich.

Am 22. April 2010 verkündete Armenien, die Ratifizierung aussetzen zu wollen. Man sei zwar weiter an der Fortführung des Prozesses interessiert, hierfür sei jedoch notwendig, dass die Türkei auf Vorbedingungen (gemeint Problem Nagornij-Karabach, siehe oben) verzichtet. In einer Reaktion erklärte Ministerpräsident Erdogan, Ankara akzeptiere das Prinzip „Ohne Vorbedingungen“ im Normalisierungsprozess, Priorität habe aber der Friede in der Region, welcher ohne Lösung betreffend Nagornij-Karabach nicht möglich sei. Außenminister Davutoglu meinte, die Türkei wolle die Öffnung der Grenze zu Armenien, diese sei aber nicht genug, jene zwischen Armenien und Aserbaidschan müsse im Sinne der regionalen Stabilität ebenfalls geöffnet werden.

Neben den Differenzen über Nagornij-Karabach wird die Aussöhnung auch durch Gegnerschaft auf beiden Seiten behindert. In Armenien basierte die Initiative Sargsyans zur Normalisierung nicht auf nationalem Konsens, sondern sollte, wie bereits ausgeführt, nicht zuletzt der Stärkung der eigenen Position dienen. Es herrschen starke Widerstände, vor allem seitens der Daschnak-Partei, welche die Interessen der Diaspora vertritt, wo die Aussöhnung weitgehend abgelehnt wird. Es wird hiebei befürchtet, dass das Subkomitee über die historische Dimension die bisherige Interpretation der Ereignisse von 1915 in Frage stellen könnte – und damit ein fundamentales Element der armenischen Identität. Es wird auch ins Treffen geführt, dass türkischerseits erklärt werden könnte, selbst Armenien sei an der Überprüfung der Fakten von 1915 beteiligt. Auch die früheren Präsidenten Ter Petrossian und Kotscharian haben Skepsis geäußert. Manche Beobachter meinen, die öffentliche Meinung in Armenien habe wenig Interesse an der Normalisierung, solange die Türkei nicht den „Genozid“ anerkenne und die Unterstützung Aserbaidschans einstelle. Es wird auch befürchtet, dass die Öffnung der Grenze zu einer Überschwemmung des armenischen Marktes mit türkischen Produkten, insbesondere aus der Landwirtschaft führen wird und den Oligarchen ist vermutlich vor der Konkurrenz bange.

In der Türkei sprechen nationalistische Kreise von einem geplanten Ver-
rat an Baku. Außerdem habe die Regierung keine fixe Zusage Jerewans
erreicht, die „Genozid“-Kampagne einzustellen. Aber auch für weite
Kreise der öffentlichen Meinung sind die guten Beziehungen zu Aser-
bajdschan wichtiger als die Normalisierung mit Armenien, welches die
Türkei des Völkermordes beschuldigt und Teile des befreundeten Aser-
bajdschan besetzt hält. Ohne Fortschritte betreffend Nagornij-Karabach
könnte auch im Parlament trotz dominierender Stellung der Regierungs-
partei eine Mehrheit für eine (allfällige) Ratifizierung der Protokolle
fraglich sein.

Die Haltung Russlands

Betreffend die Haltung Russlands gegenüber einer türkisch-armenischen
Normalisierung herrscht eine gewisse Unsicherheit. In Moskau wurde
die Unterzeichnung der Protokolle offiziell begrüßt und als dem Abbau
der Spannungen und der Stärkung der Stabilität dienlich bezeichnet. Die
Frage solle auch nicht mit jener von Nagornij-Karabach verbunden wer-
den. Tatsächlich wäre eine Aussöhnung zwischen der Türkei und Arme-
nien ohne Abzug der Truppen des letzteren aus den besetzten aserbaid-
schanischen Gebieten und das damit entstehende Zerwürfnis zwischen
Ankara und Baku ganz im Interesse Moskaus und könnte dessen Ein-
fluss in Aserbajdschan verstärken. Vielfach wird auch vermutet, dass
man russischerseits der Normalisierung positiv gegenübersteht, da diese
zu einer Isolierung Georgiens führen könnte.

Auf der anderen Seite würde die fast totale Abhängigkeit Armeniens von
Moskau durch die Grenzöffnung und die damit verbundene Durchbre-
chung der Isolation Jerewans reduziert werden. Allerdings wäre der poli-
tische und wirtschaftliche Einfluss Russlands dort auch weiterhin domi-
nierend. Nicht ins Konzept Moskaus passt auch, dass die Türkei nach
Normalisierung mit Armenien ein größeres Gewicht in der Region erhal-
ten würde. Wie auch immer die Position Russlands sein mag, wird ohne
seine Zustimmung eine Aussöhnung zwischen Ankara und Jerewan nicht
möglich sein.

Eine Normalisierung ist derzeit nicht in Sicht

Der Normalisierungsprozess zwischen der Türkei und Armenien liegt jedenfalls auf Eis und eine Lösung ist nicht in Sicht. Die Hauptschwierigkeit liegt in der Rücksichtnahme Ankaras auf Aserbaidschan und den Beziehungen zu diesem werden im Vergleich zu Armenien naturgemäß Priorität eingeräumt. Es ist derzeit nicht zu erwarten, dass man türkischerseits diese Position ändert. Auf armenischer Seite ist im Hinblick auf die dortigen Präsidentenwahlen 2013 und den 100. Jahrestages des „Genozids“ 2015 nicht mit Konzessionen Jerewans zu rechnen. Auch ein Durchbruch in der Nagornij-Karabach-Frage ist nicht zu erwarten. Die Türkei hat allerdings durch die Unterzeichnung der Protokolle und die quasi nachträgliche Stellung der Bedingung hinsichtlich des letztgenannten Konfliktes doch an Glaubwürdigkeit verloren. Vermutungen über starken internationalen Druck seitens der USA und der EU, die Protokolle zu ratifizieren, haben sich aber nicht bewahrheitet. Das Thema steht heute kaum mehr auf der internationalen Tagesordnung und die vermehrte Aufmerksamkeit für Nagornij-Karabach bzw. die Dringlichkeit einer Lösung – welche vermutlich in Baku gewisse Hoffnungen geweckt hatte – war nur kurzfristig.

Fest steht, dass eine Normalisierung und die Öffnung der Grenze im Interesse beider Seiten wären. Für Armenien brächte dies das Ende der Isolation, die Verringerung der Abhängigkeit von Moskau und die Möglichkeit der Teilnahme an regionalen Kooperationsprojekten, wie etwa Verkehrsverbindungen. 70% der armenischen Importe bzw. Exporte (nach anderen Schätzungen 90%) laufen über Georgien, was die Kosten angesichts hoher Gebühren Tbilisis um ca. 20% verteuert, wodurch der armenischen Wirtschaft ein mit etwa mit \$ 400 Millionen jährlich veranschlagter Schaden entsteht. Die Exporte Armeniens könnten sich Berechnungen zufolge um bis zu 50% erhöhen. Das Verhältnis der (indirekten) Importe aus zu den Exporten in die Türkei beträgt ungefähr 10:1 – genaue Zahlen über diesen Warenaustausch gibt es nicht. Ausländische Investitionen in Armenien würden vermutlich deutlich steigen. Außerdem ergäbe sich für Armenier die Möglichkeit, verstärkt in der Türkei

Arbeit zu suchen. Auf dem Energiesektor könnte das Land eine alternative Transportroute aus dem Kaspischen Raum bieten.

Für die Türkei (aber auch für die Administration in Washington) würde eine Aussöhnung die Möglichkeit eröffnen, den „Genozid“-Vorstößen mit dem Hinweis auf das, diese Frage behandelnde Subkomitee (siehe oben) besser entgegentreten zu können. Außerdem ist die geschlossene Grenze zu Armenien in den türkischen Bemühungen, eine regionale wirtschaftliche Integration mit den Nachbarn zu erreichen, eine Anomalie. Das Gewicht Ankaras im Südkaukasus, und damit auch auf der internationalen Bühne, würde durch eine Bereinigung des Verhältnisses zu Jerewan steigen. Wenn der EU-Aspekt in der türkischen Politik auch an Stellenwert eingebüßt hat, so würde Ankara durch die Aussöhnung mit Armenien auch den diesbezüglichen Empfehlungen aus Brüssel für Beitrittskandidaten, gute Beziehungen zu den Nachbarn herzustellen, entsprechen. Auf wirtschaftlichem Gebiet ergäben sich für die türkische Exportindustrie Chancen (auch wenn der armenische Markt klein ist und unter russischer Dominanz steht). Von der Grenzöffnung besonders profitieren würden die armen Grenzgebiete Nordost-Anatoliens. Auch der Zustrom von armenischen Touristen in die Türkei würde anwachsen.

Einige NGOs und Intellektuelle in der Türkei empfehlen die Aufgabe der Bedingung betreffend Nagornij-Karabach, da die bisherige Haltung der Türkei schade, ohne die Lösung des Konfliktes näher gebracht oder einen Vorteil für Aserbaidschan am Verhandlungstisch erreicht zu haben. Es wird auch die Ansicht vertreten, dass die Türkei durch eine Bereinigung des Verhältnisses zu Armenien eine Lösung des Konfliktes begünstigen, sich allenfalls in die Bemühungen um eine solche einschalten und so den Interessen Bakus besser dienen könnte. Die Gültigkeit dieser Thesen muss bezweifelt werden. Tatsächlich wäre eine Normalisierung zwischen Ankara und Jerewan unabhängig von Nagornij-Karabach ein großer Erfolg für die armenische Außenpolitik, da eine sich daraus zwangsläufig ergebende Trübung des Verhältnisses zwischen der Türkei und Aserbaidschan ein Gewinn für Jerewan wäre.

Auch bei Erfüllung aller Bedingungen für die Aussöhnung würde sich diese nach so vielen Jahren der Feindschaft als schwieriger Prozess ge-

stalten. Eine 2009/2010 von den armenischen Caucasus Research Resource Centers durchgeführte Umfrage zeigt folgendes Bild:

- 34% sprechen sich gegen eine Öffnung der Grenze zur Türkei ohne Vorbedingungen aus, 16% neigen zu dieser Ansicht (16% dafür, 18% ähnlich);
- 58% glauben, dass eine Grenzöffnung der nationalen Sicherheit Armeniens abträglich wäre (7% sind gegenteiliger Meinung);
- 37% glauben, dass die türkische Bevölkerung gegen Armenien total (32% eher) negativ eingestellt ist (9% sehen eine positive Position);
- 43% sind gegen eine EU-Mitgliedschaft der Türkei, 15% sind ähnlicher Ansicht (10% dafür).

Eine Untersuchung des Armenian Centers for national and international Studies (allerdings bereits 2004/2005) ergab folgendes Resultat:

- 78% sehen die Türkei als Feind an;
- 62% halten die Türkei für des Völkermordes fähig;
- 93% glauben, dass Armenien von der Türkei Reparationen verlangen sollte;
- 73% hoffen auf eine Rückkehr „historischer“ armenischer Gebiete.

Ähnliche Untersuchungen in der Türkei konnten nicht festgestellt werden.

3. Aserbaidtschan – wichtiger Nachbar in Energiefragen, Armenien als Problem für das bilaterale Verhältnis

Die Türkei war der erste Staat, welcher Aserbaidtschan nach dessen Unabhängigkeitserklärung am 9. Dezember 1991, also noch vor der offiziellen Auflösung der Sowjetunion, anerkannte und sogleich diplomatische Beziehungen aufnahm (die erste – nicht effektiv gewordene – Unabhängigkeitserklärung am 20. Jänner 1991 war von Ankara noch ignoriert worden). Es war dies einer der letzten Schritte der Regierung von Ministerpräsident Yılmaz, die Anerkennung Georgiens und Armenien wurde durch den neuen Regierungschef Demirel am 16. Dezember vollzogen.

Die Türkei fühlt sich Aserbaidtschan aus ethnischen, sprachlichen und religiösen Gründen eng verbunden. Das Schlagwort „ein Volk, zwei Staaten“ wurde durch den ersten Präsidenten in Baku, Elchibey, beim Besuch des Obmanns der türkischen nationalistischen Partei, Türkes, geprägt. Aserbaidtschan nimmt seit seiner Staatsgründung einen privilegierten Platz in der türkischen Politik ein. Die Tatsache, dass in der Türkei die überwiegende Bevölkerungsmehrheit Sunniten, in Aserbaidtschan hingegen Schiiten sind, spielt angesichts der weitgehenden Säkularisierung in beiden Ländern keine Rolle.

Rasche Entwicklung des bilateralen Verhältnisses

A priori stand die Türkei also an der Spitze derjenigen Staaten, mit welchen Aserbaidtschan die schnellsten Fortschritte im Aufbau der Beziehungen in den verschiedenen Bereichen machen würde. Dies ist umso bemerkenswerter, als es – außer mit der Enklave Nachitschewan – keine gemeinsame Grenze gibt und die beiden Länder durch Georgien und Armenien getrennt sind. Bereits im März 1992 besuchte Präsident Özal Baku und es kam zur Einrichtung regelmäßiger Flugverbindungen nach Istanbul. Ankara leistete in den ersten Jahren umfangreiche Wirtschaftshilfe und unterstützte den jungen Staat beim Aufbau neuer Strukturen im politischen und marktwirtschaftlichen Bereich. 1992 wurde ein Abkom-

men über wirtschaftliche Zusammenarbeit geschlossen, 1994 folgten solche über Investitionsschutz und die Vermeidung der Doppelbesteuerung.

Eine kurzfristige Trübung des Verhältnisses trat nach 1993 durch den Sturz Elchibays und die Machtübernahme durch Haidar Aliyev (einem ehemaligen Politbüromitglied in der Sowjetunion) ein, doch konnte diese relativ rasch überwunden werden. Positiv wirkte sich auch die klare politische Unterstützung seitens Ankaras im Nagornij-Karabach-Konflikt aus. Der Präsidentenwechsel von Haidar Aliyev zu seinem Sohn Ilham 2003 setzte die Freundschaft nahtlos fort. Letzterer ging sogar so weit, eine direkte Flugverbindung von Baku nach Nordzypern einzurichten.

Die Türkei gehört zu den führenden Handelspartnern Aserbaidshans. Bedenkt man die Qualität der Beziehungen und das gegenseitige Potential, ist der Warenaustausch jedoch relativ gering (wobei sich allerdings die türkischen Ausfuhren nach Aserbaidshan seit 2006 fast verdreifacht haben). Das Fehlen der gemeinsamen Grenze dürfte sich hier negativ auswirken, ebenso die schwache Entwicklung der Verkehrswege angesichts der von beiden Seiten geschlossenen Grenze zu Armenien. Die Handelszahlen der letzten Jahre zeigen folgendes Bild:

	Türkische Exporte	Türkische Importe
2004	\$ 403 942	\$ 135 237
2006	\$ 695 287	\$ 296 581
2008	\$ 1 667 469	\$ 362 835
2010	\$ 1 550 479	\$ 252 525
2011	\$ 2 064 944	\$ 262 077

85,6% der türkischen Exporte sind Industriegüter, 10,6% Agrarprodukte. 81,9% der Importe sind Erdöl und Erdgas.

Aus der Türkei kommen in Aserbaidshan die größten Auslandsinvestitionen (im Nicht-Energiebereich), vor allem im Bauwesen und den Sek-

toren Telekommunikation, Transport und Möbelindustrie. Mehrere türkische Banken und Versicherungen sind im Lande tätig.

Eng sind auch die Kontakte auf den Gebieten der Erziehung und Kultur. Es gibt in Aserbaidschan eine beträchtliche Anzahl türkischer Schulen. Eine große Zahl aserbaidchanischer Staatsangehöriger studiert an türkischen Universitäten, Stipendienprogramme sind eingerichtet. Türkische Schulabsolventen können ihrerseits aserbaidchanische Hochschulen besuchen. Organisiert werden Austauschprogramme zum besseren gegenseitigen Kennenlernen. Forschungsinstitute beider Länder unterhalten Kontakte. Türkische TV-Programme erfreuen sich in Aserbaidschan eines regen Interesses. Eine seit längerer Zeit diskutierte Abschaffung des Visazwanges würde all diese, wie auch die wirtschaftlichen Kontakte beleben, Bremser ist hier die türkische Seite.

Intensiver Besuchs Austausch

Beeindruckend ist auch die Besuchsstatistik auf hoher Ebene. Die nachstehende, aus den zur Verfügung stehenden Unterlagen erstellte Übersicht beschränkt sich auf die Staatspräsidenten, die Ministerpräsidenten und die Außenminister. Wo nicht anders angeführt, fand der Besuch in der jeweiligen Hauptstadt statt.

- 2007: März Erdogan, Juni Aliyev (Istanbul), November Gül, November Erdogan, November Aliyev (Teilnahme an der Eröffnung einer Gaspipeline Türkei – Griechenland);
- 2008: Mai Ministerpräsident Rasi-Zadeh, Juli Aliyev (Kars, Grundsteinlegung für eine Bahnlinie Kars-Baku), August Erdogan, August Außenminister Mammadyarov, September Gül, November Gül (Teilnahme an Energiegipfel), Dezember Außenminister Babacan;
- 2009: Februar Außenminister Babacan, Mai Erdogan, Mai Außenminister Davutoglu, Juni Außenminister Mammadyarov, Oktober Gül (Nachitschewan, Gipfel der Staatsefs türkischsprachiger Länder), Oktober Außenminister Davutoglu (Treffen der BSEC-Außenminister), Dezember Außenminister Mammadyarov;

- 2010: April Außenminister Davutoglu, Mai Erdogan, Juni Aliyev, August Gül, September Aliyev (Istanbul, Gipfel der Staatshäupter türkischsprachiger Länder), November Außenminister Mammadyarov, Dezember Aliyev (OECD-Gipfel);
- 2011: Mai Rasi-Zadeh (Istanbul, UNO-Treffen), Juli Erdogan, Oktober Aliyev;
- 2012: Bisher sind keine Besuche bekannt geworden.

Beim Besuch von Erdogan im Mai 2010 wurde die Einsetzung eines High Level Strategic Cooperation Council (HLSCC) vereinbart, welcher unter Leitung des türkischen Ministerpräsidenten und des aserbaidischen Staatshäupters stehen und mehrere Minister als Mitglieder umfassen soll. Es ist übrigens interessant, dass im Verhältnis zu Aserbaidschan erst relativ spät ein derartiges Gremium eingesetzt wurde, während mit Syrien, dem Irak, dem Iran und Libanon ein solches schon früher institutionalisiert wurde. Der Rat hielt Ende Oktober 2011 in Izmir seine erste Sitzung ab. Hierbei wurden eine Reihe von Abkommen über Kooperation in den Bereichen Investitionsförderung, Telekommunikation, Erziehung und Soziales abgeschlossen. Bei dieser Gelegenheit wurde auch eine große Industrieanlage eröffnet und der Grundstein für den Bau einer Raffinerie gelegt, welche durch die Turcas Oil Company und die staatliche aserbaidische Öl- und Gas-Gesellschaft SOCAR errichtet werden soll. Pressemeldungen zufolge beläuft sich das Investitionsvolumen auf \$ 5 Mrd., die Anlage mit einer Kapazität von 10 Mio. t jährlich soll 2015 ihre Tätigkeit aufnehmen und Arbeitsplätze für ca. 10.000 Beschäftigte bieten. Die Produktion soll LPG und petrochemische Produkte umfassen, die Türkei wird durch die Herstellung im eigenen Land ihre Handelsbilanz zu Aserbaidschan noch weiter verbessern.

Eine – auch politische – Belastung für die Beziehungen stellten jahrelang die permanenten Meinungsverschiedenheiten betreffend die Gasimporte aus Aserbaidschan dar. Siehe hierzu unter den Ausführungen über die Beziehungen auf dem Energiesektor.

Manche Beobachter stellen übrigens auch Spekulationen darüber an, ob sich die guten Kontakte Bakus mit Israel (u.a. auch auf dem Militärsektor) auf das Verhältnis mit Ankara – angesichts dessen dzt. schlechter

Beziehungen zu dem Letztgenannten – negativ auswirken könnten. Auf von aserbaidchanischer Seite dementierte – wohl absurde – Gerüchte, Baku könnte sein Territorium für einen allfälligen israelischen Militärschlag gegen den Iran zur Verfügung stellen, darf verwiesen werden. Andere wieder glauben an eine allfällige Möglichkeit einer Vermittlung Aserbaidschans zwischen der Türkei und Israel. Für beide Faktoren liegen dzt. keine Anzeichen vor.

Der Energiesektor

Ein Kernelement der Beziehungen Ankaras zu Baku ist zweifellos der Energiebereich. Die Kooperation setzte ein, als Anfang der 90er-Jahre Aserbaidchan begann, seine Reserven an Öl und Gas verstärkt auszu-beuten. Zwecks Verringerung seiner Abhängigkeit von Moskau für den Export auf den Weltmarkt benötigte Baku Alternativrouten unter Umgehung Russlands. Wichtigster sichtbarer Ausdruck dessen sind die Ölpipeline Baku-Tbilisi-Ceyhan (BTC), welche 2006 in Betrieb ging, und die 2007 eröffnete Gasleitung Baku-Tbilisi-Erzurum (BTE) – siehe Näheres im Abschnitt Energiepolitik. Die armenische Diaspora hatte übrigens im US-Kongress vergeblich Lobbying gegen die US-Finanzhilfe für diese Projekte betrieben.

Über die BTE bezieht die Türkei seit 2007 jährlich maximal 6,6 Milliarden m³ (bcm). Das Gas ist für den Eigenverbrauch bestimmt, als Preis wurden in einem Abkommen aus dem Jahre 2001 \$ 123 pro m³ festgelegt, was deutlich unter dem Weltmarkttarif liegt. Trotz der gemeinsamen Interessen auf dem Gassektor, welche eigentlich zu einer Vertiefung des Verhältnisses beitragen sollten, war dieser im Laufe der Jahre immer ein schwieriger Bereich der bilateralen Beziehungen. Die Differenzen bezogen sich auf den Preis, das zu liefernde Volumen und die Transitbedingungen. Seit 2008 liefen Verhandlungen zwischen der türkischen Gesellschaft Botas und SOCAR (siehe oben), welche vor allem die Konditionen für künftige Gasbezüge Ankaras aus dem neuen Gasfeld Shah Deniz II zum Gegenstand hatten. Ende Oktober 2011 wurde Einigung erzielt und Erdogan und Aliyev unterschrieben in Izmir ein Abkommen, auf Basis dessen ab 2018 Gas aus Shah Deniz geliefert werden

soll. Der Vertrag regelt Preis, Volumen und die Transitbedingungen. Sein Inhalt wurde nicht veröffentlicht.

Im Dezember 2011 wurde darüber hinaus durch die Energieminister beider Länder ein Memorandum of Understanding über den Bau einer Transanatolian Gas Pipeline (TANAP) unterzeichnet (Näheres hierzu im Abschnitt Energiepolitik).

Türkische Firmen haben stark in den aserbaidischen Energiesektor investiert, die nationale Ölgesellschaft TPAO ist Aktionär in mehreren Projekten. Auf der anderen Seite hat SOCAR 51% der türkischen petrochemischen Fabrik Petkim erworben.

Türkische Unterstützung in der Nagornij-Karabach-Frage

Im Nagornij-Karabach-Krieg leistete die Türkei keine direkte militärische Hilfe, um nicht in einen allfälligen Konflikt mit dem Armenien unterstützenden Russland hineingezogen zu werden. Allerdings entsandte Ankara Militärberater, welche jedoch im Herbst 1993, also noch vor Ende des Krieges Aserbaidschan wieder verließen. Die substantielle Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet begann auf Basis eines entsprechenden Abkommens 1996 zwecks Wiederaufbau der in dem Konflikt unterlegenen aserbaidischen Armee, insbesondere in Form eines Trainings von Offizieren, sowohl in der Türkei als auch vor Ort, und der Modernisierung des militärischen Ausbildungssystems gemäß NATO-Standards. Im Zuge von Streitigkeiten zwischen Baku und Teheran über die Ölförderung im Kaspischen Meer vertrieb die iranische Marine BP-Explorationsschiffe und die Luftwaffe überflog als Drohgebärde fast täglich aserbaidisches Gebiet. Die Türkei reagierte in Form des Besuches ihres Generalstabchefs und eines Geschwaders von F 5-Kampfflugzeugen in Baku und signalisierte so die Garantie für die Sicherheit Aserbaidschans.

Im August 2010 wurde ein Abkommen über strategische Partnerschaft und gegenseitige Unterstützung auf zehn Jahre geschlossen, welches gemeinsame Manöver, Operationen auf militärisch-technischem Gebiet, Kooperation bei Ausbildung, Lieferung militärischen Gerätes und ge-

meinsame Rüstungsproduktion vorsieht. Es ist dies der erste derartige Vertrag, den Aserbaidschan mit einem NATO-Land abgeschlossen hat. Früher hatte man mit Rücksicht auf Moskau eine Formalisierung der militärischen Zusammenarbeit vermieden, gab aber nach einem Beistandspakt Russlands mit Armenien (ebenfalls 2010) diese Zurückhaltung auf. Das Abkommen sieht allerdings keine automatische Unterstützung im Falle eines Angriffs auf Aserbaidschan (oder die Türkei) vor, sondern eine allfällige solche nur nach Konsultationen.

Im Dezember 2010 wurde ein Memorandum über eine Kooperation zwischen dem aserbaidshanischem Verteidigungsministerium und dem türkischen Rüstungsunternehmen Otokar betreffend die gemeinsame Produktion von Infanteriewaffen und zu einem späteren Zeitpunkt auch von Munition unterschrieben.

Während des Nagornij-Karabach-Konfliktes unterstützte die Türkei – wie oben ausgeführt – Aserbaidschan nicht militärisch, verhängte allerdings als indirekte Hilfe im März 1992 eine Blockade gegen Armenien. Dies führte zu Druck der USA und europäischer Staaten, zumindest humanitäre Hilfsflüge oder -transporte für Jerewan über türkischen Luftraum bzw. Territorium zuzulassen. Dieser Aufforderung wurde letztlich nachgekommen, was in den Augen Bakus Grund für den Vormarsch der armenischen Armee in Nagornij-Karabach und den umliegenden Territorien war. Wie auch im Länderabschnitt Armenien ausgeführt, begann Ankara im November 1992 mit der Lieferung von Getreide und von 300 Millionen KW an Armenien, was zu Protesten sowohl in aserbaidshanischen Städten als auch in der Türkei führte. Unter Druck Bakus stornierte die Regierung des (damaligen) Ministerpräsidenten Özal die Stromlieferungen.

Anfang 1993 schloss die Türkei nach der Eroberung des Bezirkes Kelbajar durch die Truppen Jerewans die Grenze und den Luftraum auch für Hilfslieferungen. Manche Beobachter vermuten, dass der sich abzeichnende „Vertrag des Jahrhunderts“ über die Erschließung der aserbaidshanischen Öl- und Gaslagerstätten und der türkische Wunsch, an diesem beteiligt zu werden, eine Rolle bei der Entscheidung Ankaras gespielt haben könnte – siehe oben bzw. im Abschnitt Energiepolitik.

Andererseits lehnte Präsident Demirel ein Ersuchen Bakus um die Zurverfügungstellung ergänzender Hubschrauber und Fahrzeuge für die Evakuierung Kelbajars mit dem Hinweis ab, dass dies eine direkte Involvierung Ankaras in den Konflikt und die Gefahr einer Konfrontation mit Russland bedeuten würde. Eine solche stand jedenfalls im Raum, als sich armenische Truppen Nachitschewan und der türkischen Grenze näherten. Ankara stationierte dort starke Verbände, worauf der russische Marschall Schaposchnikow, Oberkommandierender der CSTO-Truppen drohte, eine türkische Intervention in den Konflikt zwischen Aserbaidshan und Armenien würde die Gefahr eines Weltkrieges mit sich bringen.

Insgesamt bezog Ankara während des Krieges eine vorsichtige Position und die Unterstützung Bakus blieb im Wesentlichen auf die diplomatische Ebene beschränkt. Man war allerdings in keiner Weise in der Lage, die Entwicklung des Konfliktes zugunsten Aserbaidshans zu beeinflussen. Betreffend eine (allfällige) Lösung befürwortet die Türkei die Bemühungen der Ko-Vorsitzenden der Minsk Gruppe, tritt aber angesichts deren Erfolglosigkeit für neue kreative Ideen ein, um den Prozess zu deblockieren, und hat wiederholt Interesse angedeutet, selbst am Ko-Vorsitz teilzunehmen (was durch die klare pro-Aserbaidshan-Haltung verunmöglicht wird).

Getrübtetes Verhältnis wegen des Versuches Ankaras der Normalisierung mit Armenien

Deutliche Turbulenzen in die Beziehungen brachten 2009 die Versuche Ankaras hinsichtlich einer Normalisierung mit Armenien (siehe hiezu im entsprechenden Länderabschnitt). Es ist nicht klar, ob bzw. inwieweit Baku – wie türkischerseits behauptet – von den einschlägigen Verhandlungen mit Jerewan informiert war. Als sich im März 2009 Konturen der diesbezüglichen Einigung abzuzeichnen begannen, reagierte man in Aserbaidshan zunächst verhalten. Außenminister Mammadyarov erklärte, man wolle sich in die Angelegenheiten eines anderen Staates nicht einmischen, die engen strategischen Bande zwischen Baku und Ankara sollten jedoch bedacht werden. Wenn die Türkei ohne vorherigen Abzug der armenischen Truppen zumindest aus den Bezirken um

Nagornij-Karabach seine Grenze öffne, wäre dies gegen die aserbaid-schanischen Interessen. Anfang April besuchte Präsident Obama Ankara und äußerte seine Unterstützung für die türkisch-armenische Aussöh-nung. Von Seiten Bakus hieß es, ein derartiger Schritt ohne die Zustim-mung Aserbaidshans würde eine Trübung der Beziehungen bedeuten. Präsident Aliyev sagte seine Teilnahme an einem Gipfel der Allianz der Zivilisationen in Istanbul ab. Nach Veröffentlichung der Road Map am 22. April (siehe Länderabschnitt Armenien) begann in Aserbaidshan eine negative Medien- und Internetkampagne. Baku drohte mit der Kür-zung der Gaslieferungen an die Türkei, einer Erhöhung des Preises und dem Export seines Gases über andere Routen, sprich Russland. Türki-sche Kommentare reagierten mit dem Hinweis, dass dies zwar die Tür-kei in ihren Ambitionen, ein Energiekorridor zu werden, treffen würde, aber auch Aserbaidshan in eine größere Abhängigkeit von Moskau brächte, was dieses durch die Kooperation mit der Türkei vermeiden wolle. Weitere Drohungen Bakus bezogen sich auf den möglichen Ab-zug aserbaidshanischnen Kapitals (ca. \$ 15 Mrd.) aus der Türkei und Beschränkungen für türkische Geschäftsleute.

Ministerpräsident Erdogan sah sich daraufhin gezwungen, nach Baku zu reisen und dort gegenüber der aserbaidshanischnen Staatsspitze und in einer Rede vor dem Parlament am 14. Mai 2009 zu versichern, dass die obgenannte Bedingung weiter aufrecht sei. Türkische Spitzenpolitiker wiederholten in der Folge mehrfach diese Zusage und nach der Paraphie-rung der Protokolle zwischen der Türkei und Armenien am 31. August 2009 erklärte Erdogan nochmals ausdrücklich, dass es vor einem arme-nischen Abzug aus den besetzten aserbaidshanischnen Territorien keine Ratifizierung der Dokumente geben werde. Er wiederholte diese Aussa-ge danach mehrfach. Niemand solle den leisesten Zweifel daran haben, dass die Türkei weiterhin die Interessen Aserbaidshans verteidigen werde, wie sie es bisher getan habe.

Nach Unterzeichnung der türkisch-armenischen Protokolle am 10. Okto-ber 2009 kam es zu einer eher grotesken Episode in den Beziehungen zwischen Ankara und Baku in Form eines „Flaggenkrieges“. Bei einem Fußballspiel Türkei gegen Armenien in Bursa am 14. Oktober (siehe Länderabschnitt Armenien) verboten die türkischen Behörden das

Schwenken von aserbaidischen Fahnen als Ausdruck der Sympathie mit diesem. Nichtsdestoweniger mitgebrachte Flaggen wurden beschlagnahmt und vernichtet. Am Tage darauf wurden in Baku türkische Fahnen von einem Denkmal für türkische gefallene Soldaten, die während des ersten Unabhängigkeitskrieges gegen Russland 1918 auf Seiten Aserbaidischans gekämpft hatten, entfernt. Seitens der lokalen Behörden wurde damals erklärt, dies habe keine politischen Gründe gehabt und lediglich dem Gesetz über den Gebrauch ausländischer Flaggen in Aserbaidischan entsprochen. Außenminister Davutoglu reiste nach Baku und die Fahnen wurden in der Folge wieder angebracht.

Eine Normalisierung zwischen Ankara und Jerewan und eine Grenzöffnung (welche die Isolation durchbrechen würde) ohne vorige Regelung des Nagornij-Karabach-Problems brächte nach – wohl zutreffender – Ansicht Bakus eine Stärkung der Verhandlungsposition Armeniens, da dieses noch weniger Motiv zum Einlenken hätte. Manche Beobachter in der Türkei fürchten auch, dass bei einer Normalisierung gegen seinen Willen Aserbaidischan sich wieder verstärkt Moskau zuwenden und seine grundsätzlich pro-westliche Orientierung aufgeben könnte. Eine Krise zwischen Ankara und Baku wäre zweifellos im Interesse Russlands, welches versuchen würde, maximalen Nutzen daraus zu ziehen und eine Alternative zum Einfluss der Türkei in Aserbaidischan aufzubauen.

Stabilisierung des Verhältnisses

In der Folge stabilisierten sich angesichts des (vorläufigen) Scheiterns der türkisch-armenischen Aussöhnung die Beziehungen zwischen den beiden Staaten. Nach all den einschlägigen Versicherungen wäre es für die türkische Regierung sehr schwierig, die aserbaidische Forderung nicht zu berücksichtigen. Ein bekannter türkischer Politologe meinte, Ankara befinde sich in diesem Punkt außenpolitisch quasi in „Geiselschaft“ Bakus. Hiezu kommt die öffentliche Meinung in der Türkei, welche über weite Strecken strikt gegen eine Verschlechterung der Beziehungen zum Brudervolk in Aserbaidischan ist.

Zusammenfassend ist Aserbaidischan für die Türkei – insbesondere in der Energiepolitik – von erheblicher Bedeutung und als stabilstes Land

im Südkaukasus mit dem höchsten Wirtschaftswachstum ein wichtiger Partner in der Region. Für Aserbaidshon liegt die Bedeutung der Türkei als natürlicher strategischer Partner in der oben angeführten Möglichkeit, über deren Territorium Energie zu exportieren und diesbezüglich nicht völlig von Russland abhängig zu sein. Außerdem ist die Türkei ein wichtiger Investor. Die in den letzten Jahren rasche Entwicklung des Verhältnisses zwischen Ankara und Moskau wird in Baku als den eigenen Interessen sowie jener des Westens abträglich angesehen. Das gleiche gilt auch für die guten – in letzter Zeit allerdings getrübt – Beziehungen der Türkei zum Iran.

Gemeinsam ist den beiden Staaten, neben der ethnischen, sprachlichen und religiösen Verwandtschaft das Interesse, den Einfluss Russlands im Südkaukasus einzudämmen. Hinsichtlich der bilateralen Beziehungen wäre mehr Potential vorhanden. Manche Experten meinen, die beiden Staaten glaubten einander zu kennen und zu verstehen, was jedoch nicht wirklich der Fall sei.

4. Georgien – gutes Verhältnis, Krieg Georgien-Russland brachte für die Türkei unangenehme Situation

Die Unabhängigkeit Georgiens wurde seitens der Türkei – als einer der ersten Staaten – am 16. Dezember 1991, also noch vor dem Ende der Sowjetunion anerkannt. Des Weiteren unterzeichnete man ein Protokoll über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen.

Bis Mitte der 90er-Jahre blieben die Kontakte trotz einer 276 km langen gemeinsamen Landgrenze jedoch auf bescheidenem Niveau. Georgien wurde nicht als wichtiger Nachbar eingestuft und fand in der türkischen Außenpolitik kaum Beachtung. Allerdings wurde das Land zur Teilnahme an der BSEC (siehe Abschnitt 1) eingeladen. Während der Sezessionskriege in Abchasien und Südossetien trat Ankara zwar offiziell für die Respektierung der Unabhängigkeit und territorialen Integrität Georgiens ein, wollte jedoch in die Konflikte nicht hineingezogen werden.

Ausbau der Beziehungen

Ab 1994 änderte sich diese Haltung. In Ankara setzte sich offensichtlich die Ansicht durch, dass es aus strategischen Gründen vorteilhaft sei, ein zwar schwaches, aber befreundetes Land als Pufferzone zu Russland hin zu haben. Die Türkei übernahm eine wichtige Rolle, die politischen Strukturen Georgiens zu stärken, den Demokratisierungsprozess zu unterstützen und das Land aus der Situation eines „failed state“ herauszuführen (es reihte sich dies in eine allgemein freundlichere Tendenz Westeuropas und der USA gegenüber Tbilisi ein). Auch betreffend die internen Konflikte Georgiens versuchte Ankara eine aktive Funktion zwecks deren Lösung zu übernehmen, allerdings ohne Erfolg. Es ist übrigens sicher kein Zufall, dass diese Haltungsänderung 1994 einsetzte. Wie bereits an anderer Stelle ausgeführt, wurde in diesem Jahr der „Vertrag des Jahrhunderts“ zwischen westlichen Konzernen und Aserbaidshan zwecks Erschließung der Öl- und Gasvorkommen des letzteren unterschrieben. Ankara erkannte offenbar den Stellenwert Georgiens als Landbrücke in den kaspischen und zentralasiatischen Raum, nicht zu-

letzt angesichts der seit 1993 geschlossenen Grenze zu Armenien (siehe im einschlägigen Länderabschnitt) und der Besetzung aserbaidshani-scher Gebiete durch Jerewan als Folge des Nagornij-Karabach-Krieges.

So entwickelte sich die Türkei in kurzer Zeit zu einem der wichtigsten Partner Georgiens vor allem auf dem Wirtschaftssektor. Das Land wurde ab 1994 in das Programm der türkischen Entwicklungsagentur TIKA (siehe Abschnitt 1) einbezogen. Eine Reihe von Abkommen zur Förderung der kulturellen und sozialen Kontakte wurde unterzeichnet. Für Georgien wurde die Türkei nach den Worten des damaligen Präsidenten Schewardnadze ein vorrangiger Wirtschafts- und strategischer Partner.

Die militärische Zusammenarbeit

Eine besondere Bedeutung bekam seit den späten 90er-Jahren die Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet. 1997 wurde ein diesbezügliches Abkommen unterzeichnet. In dessen Rahmen leistete die Türkei Hilfeleistung beim Aufbau der georgischen Streitkräfte in Form von Lieferung von Material, technologischer Unterstützung, dem Bau militärischer Zentren und Ausbildung gemäß NATO-Standards. Ankara errichtete eine Militärakademie und entsandte an diese türkisches Personal. Die formelle Eröffnung fand anlässlich des Besuches einer türkischen Militärdelegation 2002 statt. Ab 1999 erhielten georgische Verbände vor ihrem Einsatz im Kosovo durch die Türkei Ausbildung und standen dort unter dem Kommando Ankaras. Unterstützung gab es auch beim Training von Anti-Terroreinheiten der georgischen Schwarzmeer-Flotte.

Ein herausragender Aspekt der Kooperation war die Modernisierung des Luftwaffenstützpunktes Marneuli, 40 km südwestlich von Tbilisi. Georgien verfügt dort erstmals über eine moderne Basis und durch neue Navigationsgeräte über die Kapazität zu Nachtflügen ohne Kontrolle und Genehmigung seitens Russlands. Betreffend Marneuli verlangte übrigens Moskau angeblich eine schriftliche Zusage Georgiens, keine NATO-Truppen im Lande zu stationieren.

Im Juli 2000 wurde anlässlich des Besuches des türkischen Generalstabchefs in Tbilisi ein Abkommen über militärische Zusammenarbeit unter-

zeichnet. 2001 folgte ein Vertrag über Kooperation auf dem Rüstungssektor. 2002 schlossen die Türkei, Georgien und die USA ein trilaterales Ausbildungs-Abkommen, in dessen Rahmen beispielsweise georgische Piloten im weiten anatolischen Luftraum üben können. 2005 wurde ein neues bilaterales Abkommen über militärische Zusammenarbeit in Form von Unterstützung im Bereich der Ausbildung und Logistik unterzeichnet. Der Vertrag sieht jedoch keine automatische Beistandspflicht vor – aus der Sicht Ankaras klarerweise im Hinblick auf Moskau. Seit 2005 gibt es jedes Jahr große türkische Zuwendungen an das Verteidigungsministerium in Tbilisi, welche sich nach dessen Angaben zwischen 1997 und 2009 auf einen Gesamtbetrag von \$ 45 Mio. beliefen. 2010 und 2011 setzten sich die Zahlungen fort. Mit Hilfe schon vor dem Augustkrieg 2008 geschlossener Verträge konnten die in dem Krieg erlittenen Verluste an Material ausgeglichen und die Einsatzfähigkeit der Armee wiederhergestellt werden.

Die türkische Unterstützung geschieht unabhängig von den Ambitionen Georgiens betreffend einen NATO-Beitritt. Es wäre allerdings hiezu festzuhalten, dass Ankara politisch diese nicht wirklich unterstützt. Man befürchtet im Beitrittsfalle eine Ausweitung des Aktionsradius der Allianz auf den Südkaukasus und eine Irritation oder sogar eine Konfrontation mit Moskau. In diesem Sinne nahm die Türkei beim NATO-Gipfel in Bukarest 2008 – zusammen mit Deutschland, Frankreich und Italien – hinsichtlich eines Membership Action Plans für Georgien eine eher skeptische Position ein.

Die türkische Hilfe für Georgien auf militärischem Gebiet wird seitens Russlands, das strikt gegen dessen NATO-Beitritt ist, mit Misstrauen betrachtet. Bezeichnenderweise führt Moskau die Türkei an der Spitze einer Liste jener Staaten, die Georgien einschlägig unterstützen.

Intensivierung der Kontakte durch neue Führungsmannschaften auf beiden Seiten

Auch wenn sich in den 90er-Jahren, d.h. in der Zeit verschiedener türkischer Koalitionsregierungen bzw. der Präsidentschaft Schewardnadzes

die politischen Beziehungen zufrieden stellend entwickelt hatten, wurde dies zu Beginn des Jahrtausends noch weiter dadurch begünstigt, dass in Ankara durch den Wahlsieg der AKP 2002 und in Tbilisi durch die – türkischerseits begrüßte – Rosenrevolution 2003 und die Wahl Saakashvilis zum Präsidenten neue Führungsmannschaften an die Macht kamen. Die durch letzteren stark betriebene Anlehnung an den Westen war hierbei ein wesentliches Element. Saakashvili besuchte bereits im Mai 2004 Ankara, was als ein Beweis für die prioritäre Bedeutung der Türkei in seinem Konzept gewertet wurde. Der Gegenbesuch Erdogans fand im August 2004 statt, wobei er erwähnte, dass seine Familie seinerzeit aus Batumi in seine Geburtsstadt Rize (türkische Schwarzmeer-Küste) eingewandert war. Insgesamt besuchte der türkische Regierungschef zwischen 2003 und 2011 Georgien öfter als etwa die Ukraine, Rumänien oder Bulgarien. Die oft scharfe Polemik Saakashvilis gegen Moskau ist allerdings für die Türkei unangenehm, da man jedenfalls vermeiden möchte, in die gestörten Beziehungen zwischen dem Nachbar Georgien und dem wichtigen Handelspartner Russland hineingezogen zu werden. Die in Ankara in diesem Zusammenhang gehegte Befürchtung, dass letzteres zu einem regionalen Konflikt im Südkaukasus führen werde, hat sich in Form des Georgienkrieges im August 2008 bewahrheitet.

Ein Zentralpunkt der Beziehungen ist der Wirtschaftssektor. Georgien ist der einzige Staat der ehemaligen Sowjetunion, in welchem die Türkei als nunmehr größter Handelspartner Russland in diesem Bereich überholt hat. Die Entwicklung des Warenaustausches zeigt nachstehendes Bild:

	Türkische Exporte	Türkische Importe
2004	\$ 199 699	\$ 300 284
2006	\$ 407 962	\$ 344 813
2008	\$ 997 844	\$ 525 041
2010	\$ 769 271	\$ 290 725
2011	\$ 1 092 546	\$ 314 352

Türkischerseits exportiert werden vor allem Plastikwaren, Maschinen, Elektrogeräte und Stahl. Die wichtigsten Importgüter sind Erdölprodukte und Schrottmittel.

Die Türkei liegt in Georgien an zweiter Stelle bei den Auslandsinvestitionen, insbesondere in den Sektoren Infrastruktur, Telekommunikation, Textilindustrie und LKW-Produktion. Seit 2008 ist ein Freihandelsabkommen in Kraft. 2007 wurde ein Vertrag über die Aufhebung des Visa-Zwanges unterschrieben, wobei hier Georgien im Verhältnis zur Türkei die einzige ehemalige Sowjetrepublik ist. Dies hat sich auf die Wirtschaftsbeziehungen günstig ausgewirkt – die Zahl der georgischen Touristen ist von 161.000 (2002) auf 830.000 (2008) gestiegen. Seit Mai 2011 besteht auf dem Landwege sogar die Möglichkeit des Grenzübertrittes nur mit einem Personalausweis. Mit dem Bau einer dritten Grenzstation wurde begonnen. Wichtig für die georgische Wirtschaft sind auch die Überweisungen der zahlreichen in der Türkei – vielfach illegal – tätigen Arbeitskräfte, welche sich Schätzungen zufolge von \$ 2 Mio. (2002) auf \$ 33 Mio. (2010) erhöht haben.

Es bestehen täglich mehrere Flugverbindungen zwischen Istanbul und Tbilisi sowie eine zwischen Istanbul und Batumi. Dessen Flughafen wurde mit Hilfe Ankaras renoviert und wird durch die türkische Firma TAV betrieben. Letzteres gilt auch für den Flughafen Tbilisi.

In Georgien bestehen etliche türkische Mittelschulen und eine Universität. Ankara vergibt Stipendien an Studenten aus Georgien, welche im Vergleich zu anderen Ländern aber nicht sehr zahlreich sind.

Energiepartnerschaft, Pipelines

Die Türkei und Georgien sind ferner – unter Einschluss Aserbaidshans – durch eine Art Energiepartnerschaft miteinander verbunden, welche schon in der Zeit Schewardnadzes begonnen hatte. Georgien ist, wie oben angeführt, das Tor bzw. die Verbindung zum kaspischen und zentralasiatischen Raum und für die Türkei in ihren Ambitionen, zu einem Energiekorridor zu werden, von entscheidender Bedeutung. Die wichtigsten in Betrieb stehenden Installationen sind hierbei die Pipelines BTC und BTE mit ihrem „Mittelstück“ Georgien, welche Ankara auch zur Diversifizierung seiner Energiebezüge dienen (siehe zu all dem im Abschnitt Energiepolitik). Diese Einrichtungen sind für Georgien nicht nur

von wirtschaftlicher, sondern vor allem von politischer Bedeutung, da die Energiefrage vermutlich der Grund dafür war, dass der Westen in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre begann, an Georgien als wichtigem Transitland Interesse zu zeigen.

Die regionale Kooperation Türkei – Georgien – Aserbaidshan umfasst neben den Pipelines auch das Projekt einer Eisenbahnlinie Kars-Alkhalakaki-Tbilisi-Baku. Die Idee zu diesem Vorhaben wurde erstmals Mitte der 90er-Jahre ventiliert, jedoch in der Folge nicht konkret weiterverfolgt. Ein entsprechendes trilaterales Abkommen wurde 2005 durch die Staatschefs der drei Länder unterzeichnet, Baubeginn war 2007. Die Linie soll 2012 eröffnet werden und eine Kapazität von 1 Million Passagiere und 6,5 Millionen Tonnen Cargo haben, wobei eine Steigerung auf später 17 Millionen geplant ist. Eine finanzielle Unterstützung des Projektes wurde durch die USA abgelehnt, da die Verbindung aus politischen Gründen Armenien bewusst umgeht und dessen Isolation verstärkt. Die Finanzierung wurde größtenteils durch Aserbaidshan übernommen, inklusive einem zinsfreien Darlehen an Georgien in der Höhe von \$ 220 Mio. Politischer Widerstand gegen das Projekt kam, außer aus Armenien, auch seitens Moskaus, da es zur Intensivierung wirtschaftlicher und strategischer Beziehungen zwischen beteiligten Staaten führt und den Einfluss Ankaras in der Region erhöht. Die Eisenbahnlinie fügt sich in die von der EU gesponserten Projekte TRACECA (Transport Corridor Europe-Caucasus-Central Asia) sowie INOGATE (International Oil and Gas Transport to Europe) zwecks Schaffung eines Networks für Land- und Bahntransport zwischen Zentralasien, der Türkei und Westeuropa ein (siehe hierzu auch im Abschnitt Energiepolitik).

Die Georgienkrise 2008

Herausragendes Ereignis in den letzten Jahren im Südkaukasus, sowohl für Georgien als auch für die Türkei war der Augustkrieg 2008. Dieser traf Ankara unvorbereitet und brachte nach einer Periode relativer Ruhe plötzlich Instabilität an der Nordostgrenze. Die eingefrorenen Konflikte in Georgien wurden virulent und die Türkei musste erkennen, dass der

Machtanspruch Russlands betreffend die Region nicht erloschen und Moskau bereit ist, diesen mit allen Mitteln durchzusetzen.

Die ersten türkischen Reaktionen waren relativ schwach. Außenminister Babacan rief zur Einstellung der Kampfhandlungen und zur Aufnahme von Gesprächen auf. Seitens Ankaras wurde zwar die Notwendigkeit der Respektierung der territorialen Integrität Georgiens betont, aber keine direkte Kritik an Russland geäußert. Aktive diplomatische Bemühungen zur Lösung der Krise setzten erst einige Tage später ein, nämlich in Form der Reisen Erdogans nach Moskau und Tbilisi und dem Vorschlag nach Etablierung einer Südkaukasus-Plattform (siehe hierzu in Abschnitt 1). Es wäre in diesem Zusammenhang zu erwähnen, dass die Türkei am Zustandekommen des Waffenstillstandes nicht direkt beteiligt war.

Der Konflikt bedeutete für die Türkei eine unangenehme Situation und einen schwierigen Balanceakt. Man wollte nicht direkt in die Auseinandersetzung zwischen dem befreundeten Nachbarn Georgien und dem wichtigen Wirtschaftspartner Russland verwickelt werden. Ferner befürchtete man, in den Sog der durch den Krieg eskalierenden Spannung zwischen Washington und Moskau zu geraten und war daher um eine gewisse Äquidistanz bemüht. Erdogan erklärte in einem Interview für die türkische Zeitung Milliyet, es sei nicht richtig, die Türkei in Richtung der einen oder anderen Seite zu drängen. Die USA seien ein enger Verbündeter, Russland ein wichtiger Handelspartner. Man handle gemäß den nationalen Interessen. Außenminister Davutoglu wies später darauf hin, die Beziehungen der Türkei zu Russland seien nicht vergleichbar mit jenen zwischen letzterem und etwa Dänemark. Ankara könne sich angesichts der Energieabhängigkeit keinen Konflikt mit Moskau leisten.

Humanitäre Hilfsaktionen Ankaras für Georgien wurden in Form der Lieferung von Lebensmitteln und Energie geleistet. Außerdem errichtete die Türkei in Gori Häuser für die sich dort befindlichen Flüchtlinge aus den durch die russische Armee besetzten Gebieten.

Die türkische Presse sprach überwiegend von einer Fehlkalkulation Saakashvilis hinsichtlich der zu erwartenden Reaktion Moskaus auf den georgischen Einmarsch in Südossetien. Dieser habe sich möglicherweise

durch das Beispiels Adschariens (siehe nachstehend) täuschen lassen. Ein hoher AKP-Funktionär meinte, die Instabilität Georgiens und die ungelösten Konflikte dort seien eine Bedrohung für die Türkei, dieser Tatsache müsse Vorrang vor der territorialen Integrität des Landes gegeben werden.

Die Konvention von Montreux

Einen Sonderaspekt des Augustkrieges 2008 stellt die türkische Position betreffend die Anwendung der Konvention von Montreux 1936 dar. Ankara verweigerte unter Berufung auf die darin vorgesehenen Beschränkungen für die Tonnage von Schiffen US-Verbänden mit Hilfslieferungen für Georgien die Durchfahrt durch den Bosphorus (angeblich war aus Moskau ein diesbezüglicher Wink gekommen). In der Folge entsandten die USA kleinere Schiffe. Es war dies einer der Gründe, warum in Washington – wo man mehr Flexibilität Ankaras erwartet hatte – und auch in Europa der Verdacht aufkam, die Türkei wende sich mit ihrer modifizierten Außenpolitik vom Westen ab. In Georgien herrschte klare Enttäuschung über die türkische Position. Ein hoher Vertreter in Tbilisi meinte später, es sei „keine schöne Seite“ in den bilateralen Beziehungen gewesen.

Der Georgienkrieg hat jedenfalls Ankara die Verwundbarkeit seiner politischen und wirtschaftlichen Interessen im Südkaukasus klar vor Augen geführt.

Abchasien

Ein Problem besonderer Art in den Beziehungen zwischen der Türkei und Georgien stellt Abchasien dar und hier besteht ein gewisser Widerspruch zu dem Bekenntnis zur und dem Eintreten für die territoriale Integrität Georgiens seitens Ankaras. In der Türkei gibt es eine relativ starke abchasische Diaspora, welche Ende des 18. Jahrhunderts wegen des russischen Vormarsches und der Eroberung des Südkaukasus in das Osmanische Reich eingewandert ist. Es leben in der Türkei heute mehr

Personen abchasischen Ursprungs (ca. 500.000) als in Abchasien selbst (ca. 200.000) und diese Diaspora ist nicht ohne Einfluss. Diese Lobby tritt seit der Abspaltung Abchasiens von Georgien sehr aktiv für die Herstellung politischer und wirtschaftlicher Beziehungen ein. Seit 1992 existiert ein Caucasus-Abkhazia Solidarity Committee in Istanbul.

Während des Abchasienkrieges Anfang der 90er-Jahre unterstützte die Türkei zwar den georgischen Standpunkt, unternahm aber offenbar nichts zur Verhinderung der Teilnahme von Freiwilligen an den Kämpfen auf Seiten der Dissidenten. Nach Ende des Krieges war eine (nicht staatliche) direkte Seeverbindung zwischen der Türkei und Abchasien eingerichtet, welche 1996 auf Drängen Tbilisis eingestellt wurde. Der illegale Handel setzte sich aber fort und seit dem GUS-Embargo gegen Abchasien und der Schließung der russisch-abchasischen Grenze durch Präsident Jeltsin 1994 trugen diese Lieferungen von Lebensmitteln, Treibstoff und pharmazeutischen Produkten wesentlich zum wirtschaftlichen Überleben der abchasischen Bevölkerung bei. Ebenfalls 1996 informierte das türkische Außenministerium den abchasischen Vertreter in Istanbul, dass die Bewohner der abtrünnigen Provinz künftig nicht mehr mit russischen Pässen in die Türkei einreisen könnten und hierfür der Vorweis eines gültigen georgischen Passes notwendig sei.

Im April 2007 ersuchte Ankara, eine geplante Reise des abchasischen „Präsidenten“ Bagapsh in die Türkei zu verschieben, man wolle diesen bei seiner Einreise nicht zur persona non grata erklären. Nichtsdestoweniger fand über Einladung abchasischer Interessensverbände dieser Besuch im Oktober 2007 statt. Das türkische Außenministerium sah sich gezwungen, in einer Presseerklärung den inoffiziellen Charakter des Aufenthaltes zu betonen. 2008 wurde auf Druck des Ministeriums eine Reise von Vertretern türkischer Handelskammern zu einem großen internationalen Wirtschaftsforum „Abkhazia 2008“ untersagt. Der Besuch wurde letztlich trotzdem durch eine abchasische Organisation in Istanbul organisiert, wobei die türkische Delegation 25 statt der ursprünglich geplanten 70 Geschäftsleute umfasste.

Der Georgienkrieg 2008 und die Anerkennung Abchasiens durch Russland haben der einschlägigen Lobby in der Türkei neuen Auftrieb gege-

ben. Die Anerkennung als „Staat“ gehört nun zu den Prioritäten der Diaspora. Ankara befindet sich in einem Dilemma. Mit Rücksicht auf die Beziehungen zu Tbilisi respektiert man zwar das durch dieses verhängte Embargo gegen Abchasien. Der inoffizielle Schiffsverkehr wird aber toleriert. Formell fahren die Schiffe nach Russland, drehen aber im letzten Moment nach Suchumi ab. Auch nicht-abchasischstämmige türkische Geschäftsleute fordern die Aufhebung des Embargos. Inoffiziellen, nicht bestätigten Statistiken zufolge ist die Türkei – nach Russland – der zweitgrößte Handelspartner Abchasiens, wobei es sich keineswegs um eine Einbahnstraße zu handeln scheint. Angeblich gehen 54% der Exporte Suchumis nach Russland und 45% in die Türkei (eine Bestätigung dieser Meldungen liegt nicht vor). Der illegale Seeverkehr führt dazu, dass immer wieder türkische Schiffe seitens Georgiens aufgebracht und die Seeleute wegen illegaler Durchfahrt durch georgische Territorialgewässer zu langen Haftstrafen verurteilt werden, was naturgemäß zu Störungen in den Beziehungen zwischen Ankara und Tbilisi führt. Außenminister Davutoglu konnte 2009 die Freilassung eines Kapitäns erreichen, welcher wegen illegalen Treibstofftransportes zu 29 (!) Jahren Gefängnis verurteilt worden war. Die Kontakte zwischen der Türkei und Abchasien beschränken sich nicht nur auf den Wirtschaftssektor. Ein in Istanbul ansässiges Solidaritätskomitee organisiert abchasische Kulturprogramme und finanziert den Besuch von Jugenddelegationen nach Abchasien zwecks Erlernung der lokalen Sprache – all dies unter Tolerierung durch die türkischen Behörden.

Insgesamt bildet der mangelnde Wille, nicht zuletzt wohl mit Rücksicht auf Moskau, die Aktivitäten der abchasischen Diaspora – welche durch eine entsprechende Medienkampagne in der öffentlichen Meinung Sympathien für ihre Sache erzeugt zu haben scheint – zu unterbinden, eine Belastung für das Verhältnis zwischen Ankara und Tbilisi. Georgischerseits herrschte auch Enttäuschung über die mangelnde türkische Unterstützung für eine Forderung nach einer scharfen Resolution zu Abchasien und Südossetien im Ministerkomitee des Europarates im Mai 2011 in Istanbul.

In manchen politischen Kreisen der Türkei wird die Meinung vertreten, Ankara solle die Rolle eines Vermittlers zwischen Tbilisi und Suchumi

übernehmen und sich als einziger Regionalfaktor empfehlen, der das Vertrauen beider Seiten genießt. Dadurch könne man das eigene politische Gewicht im Südkaukasus erhöhen. Es ist bemerkenswert, dass bereits im September 2009 der Unterstaatssekretär des Außenministeriums, Ceviköz, Suchumi besuchte und mit „Außenminister“ Shamba zusammentraf. Es handelte sich um den ersten hochrangigen türkischen Besuch in Abchasien. Dies löste Spekulationen über einen bevorstehenden Besuch von Außenminister Davutoglu aus, die sich aber in der Folge nicht bewahrheiteten. Eine etwaige Anerkennung Abchasiens wäre ein klares Abweichen der Türkei von der westlichen Linie, doch liegen hierfür derzeit keine Anzeichen vor.

Andererseits sucht aber auch Georgien in seinem Bestreben, soziale und kulturelle Kontakte mit Abchasien aufrechtzuerhalten und dessen totaler Umklammerung durch Russland möglichst entgegenzuwirken, Unterstützung in Ankara. An dieses erging, vorliegenden, aber unbestätigten Meldungen zufolge das diskrete Ersuchen, eine Einreise in die Türkei auch mit abchasischen Pässen zu ermöglichen.

Auch die an der Grenze zur Türkei liegende georgische Schwarzmeerprovinz Adscharien berührt indirekt die Beziehungen zwischen den beiden Staaten. Dieses Gebiet stand nach 1991 unter Führung des früheren Vizeministers für Versorgungsbetriebe, Abaschidze, welcher ein autoritäres Regime errichtet und innerhalb des georgischen Staatsverbandes einen autonomen Status für Adscharien erreicht hatte. Nach seiner Machtübernahme war Präsident Saakashvili im Sinne einer Staatskonsolidierung bestrebt, Adscharien auch de facto wieder unter die Kontrolle der Zentralregierung zu bringen. Abaschidze wurde mit militärischen Mitteln vertrieben und flüchtete nach Moskau. Die Autonomie Adschariens wurde aufgehoben. Dies entsprach nicht unbedingt den Interessen Ankaras, da man eine russische Intervention befürchtete. Außerdem hatte man zum Regime Abaschidze gute Wirtschaftsbeziehungen aufgebaut. Letztlich begrüßte man türkischerseits die Wiedereingliederung – dies obwohl die Autonomie Adschariens durch den türkisch-russischen Vertrag von Kars 1921 (siehe oben) garantiert ist. Man sah in Ankara aber keinen Anlass, auf dieser zu bestehen.

Zusammenfassend liegt für die Türkei das Interesse an Georgien (mit dessen Bevölkerungsmehrheit keine ethnische, sprachliche oder religiöse Verwandtschaft besteht), wie bereits ausgeführt, in dessen geographischer Lage als Tor zum Kaspischen Raum und zu Zentralasien. Außerdem will man ein unabhängiges Georgien fest im westlichen Lager verankern und nicht unter Dominanz Moskaus sehen. Für Georgien ist die Türkei ein stabiler und prosperierender Nachbar, ein Gegengewicht zu Russland und den gestörten Beziehungen mit diesem sowie als NATO-Mitglied von Bedeutung. Das georgische Sicherheitskonzept definiert die Türkei als führenden regionalen und wichtigen Wirtschaftspartner. Mit Rücksicht auf die guten Beziehungen mit Georgien hält man sich in Ankara in den Kontakten mit Abchasien eher zurück.

5. Russland – wichtiger Wirtschafts- und Energiepartner, zwischen Kooperation und Rivalität im Südkaukasus

Während des Kalten Krieges waren die Beziehungen zwischen der Türkei und der Sowjetunion grundsätzlich von politischem Antagonismus und der Zugehörigkeit zu sich in Gegnerschaft befindlichen Blöcken gekennzeichnet. Stalin hatte den bilateralen Freundschaftsvertrag aus dem Jahre 1925 gekündigt, territoriale Ansprüche in Ostanatolien gestellt und eine gemeinsame Kontrolle über den Bosphorus und die Dardanellen gefordert. Die Türkei suchte militärischen Schutz, was in der Folge 1952 zum NATO-Beitritt führte. Nach Stalins Tod 1953 besserte sich das Verhältnis. Es kam zu einer Reihe hochrangiger diplomatischer Kontakte. 1978 besuchte Ministerpräsident Ecevit Moskau. 1979 wurde ein Abkommen über sowjetische Wirtschaftshilfe an Ankara unterzeichnet. Im gleichen Jahr brachte der Einmarsch Moskaus in Afghanistan eine Abkühlung des Verhältnisses, das jedoch unter der Regierung Özal Mitte der 80er-Jahre wieder belebt wurde. Es gelang der Türkei damals, eine heikle Balance zwischen der Mitgliedschaft in der NATO und freundschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion (trotz Verfolgung der Kommunisten im eigenen Land) herzustellen.

Neue Phase im gegenseitigen Verhältnis

Das Ende des Kalten Krieges öffnete eine neue Phase des Verhältnisses. Ideologische Konkurrenz wurde durch neue politische Konzepte ersetzt. Die Türkei war unter den ersten Staaten, welche die Russische Föderation anerkannten. Im Jänner 1992 besuchte Außenminister Cetin Moskau und es wurde durch einen Vertrag über die Prinzipien des Verhältnisses zwischen der Türkei und Russland die rechtliche Basis für den kontinuierlichen Ausbau der Beziehungen geschaffen. Der Gegenbesuch von Außenminister Kosyrev erfolgte schon im Februar des gleichen Jahres. Im Mai 1992 reiste Ministerpräsident Demirel in die russische Hauptstadt und es kam zur Unterzeichnung eines Freundschafts- und Kooperationsvertrages, der eine Bestätigung des Bekenntnisses zur neuen Dimension des Verhältnisses und der guten Nachbarschaft darstellte. Im

Juni 1992 nahm Präsident Jeltsin am Gründungsgipfel der BSEC (siehe oben) teil. Im November 1992 hielt die Gemischte Wirtschaftskommission in Ankara ihre erste Tagung ab. Im Dezember 1992 besuchte Ministerpräsident Tschernomyrdin Ankara. Hierbei wurde der Vertrag betreffend die Blue Stream Pipeline unterschrieben (siehe hierzu im Abschnitt Energiepolitik). Der Aufenthalt des türkischen Generalstabschefs in Russland 1998 war ein klares Zeichen dafür, dass der frühere Kalte Krieg die Beziehungen endgültig nicht mehr belastete.

Beim Aufenthalt von Ministerpräsident Ecevit in Moskau im November 1999 wurde eine gemeinsame Erklärung über Terrorismusbekämpfung verabschiedet. Der Besuch brachte auch eine Wende in der Belastung, welche die Tschetschenien-Frage für das bilaterale Verhältnis dargestellt hatte. Trotz Sympathien für die Sache der Tschetschenen in der öffentlichen Meinung und entsprechendem Druck auf die Regierung hatte die Türkei nicht offen für jene Partei ergriffen, jedoch gewisse pro-Tschetschenien Aktivitäten im Lande toleriert. Nunmehr erklärte Ecevit, dass dieser Konflikt eine innere Angelegenheit Russlands sei und dass dessen territoriale Integrität im Interesse Ankaras liege. Moskau distanzierte sich im Gegenzug von den Aktivitäten der PKK, für welche es früher – vor allem in der Duma – Sympathien gegeben hatte. Allerdings hatte schon 1998 Präsident Jeltsin gegen einen Duma-Beschluss der Gewährung politischen Asyls an PKK-Führer Öcalan nach seiner Ausweisung aus Syrien sein Veto eingelegt (tatsächlich hätte eine solche eine schwere Krise in die Beziehungen mit Ankara gebracht). Dies führte zur Ausweisung Öcalans und in der Folge zu seiner Verhaftung in Kenia im Februar 1999. Allerdings führt Moskau bis heute trotz Drängens der Türkei die PKK nicht auf seiner Liste von Terrororganisationen.

Im Oktober 2000 besuchte Ministerpräsident Kasjanov die Türkei und sprach davon, dass die Türkei und Russland nicht mehr Rivalen, sondern Partner seien und die Beziehungen nach diesem Kriterium gestaltet würden. Es wurden mehrere Abkommen auf dem Wirtschaftssektor unterschrieben. Im Juni 2001 folgte ein Besuch von Außenminister Iwanow (der erste nach Kosyrevs Aufenthalt 1992 – siehe oben).

Differenzen auf außenpolitischem Gebiet

Trotz dieser guten Entwicklung des bilateralen Verhältnisses waren die 90er-Jahre auf außenpolitischem Gebiet von einer Reihe von Meinungsunterschieden gekennzeichnet. Ministerpräsident Demirel warf im Oktober 1993 in einer Rede anlässlich der Parlamentseröffnung in Ankara Russland vor, im Südkaukasus die Beibehaltung der Kontrolle und vielleicht sogar eine teilweise Wiedererrichtung der Sowjetunion anzustreben. Von Seiten Moskaus wurden die türkischen Bemühungen, im Südkaukasus und in Zentralasien Fuß zu fassen und die jungen Länder dieser Regionen in ihrer Unabhängigkeit zu unterstützen, mit Misstrauen betrachtet. Hierzu kam, dass die beiden Staaten in der Auseinandersetzung zwischen Armenien und Aserbaidschan verschiedene Seiten unterstützten, was kurzfristig die Gefahr einer militärischen Konfrontation heraufbeschwor (siehe hierzu im Länderabschnitt Aserbaidschan). Grundsätzlich waren aber sowohl Moskau, als auch Ankara bestrebt, die Territorialkonflikte um Nagornij-Karabach sowie um Abchasien und Südossetien nicht zu einer wesentlichen Belastung der Beziehungen werden zu lassen. Entgegengesetzte Positionen bezogen die Türkei und Russland auch hinsichtlich des Krieges in Bosnien-Herzegowina 1992-1995 und des Konfliktes im Kosovo 1998/1999. Negativ in den Augen Moskaus war auch die enge militärische Zusammenarbeit zwischen der Türkei und Israel (Militärabkommen 1996) da man eine Verschiebung des Gleichgewichtes im Nahen Osten zu Lasten des Verbündeten Syrien befürchtete.

Rasche Entwicklung der Beziehungen

Ab 2000 kam es zu einer weiteren raschen Verbesserung des bilateralen Verhältnisses. Die beiden Länder sahen einander nicht mehr als potentielle Bedrohung an und erkannten eine gewisse Konvergenz ihrer strategischen und wirtschaftlichen Interessen sowie das Faktum, dass die geographische Lage sie zu Partnern machen könne. Die Präsidenten Sezer und Putin trafen im September 2000 beim Millenniumsgipfel in New York zusammen. Die Außenminister Cem und Ivanow unterzeichneten im November 2001 am Rande der UN-Generalversammlung einen „Ak-

tionsplan für die Kooperation zwischen der Türkei und Russland in Eurasien“ (was einige Jahre früher noch undenkbar gewesen wäre). In dessen Rahmen sind eine Zusammenarbeit auf den Gebieten von Handel, Kultur und Tourismus, aber auch regelmäßige politische Konsultationen in Aussicht genommen. Es wurden eine gemeinsame hochrangige Arbeitsgruppe und eine Caucasus Task Force gegründet, welche erstmals im Jahre 2002 zusammentraten.

Vor den Wahlen in der Türkei im November 2002 herrschten in Moskau allerdings gewisse Befürchtungen, dass diese bei dem zu erwartenden Sieg der AKP allenfalls eine islamistisch orientierte Regierung an die Macht bringen könnten, was zu erhöhten Schwierigkeiten in Tschechien führen würde. Das Parteiprogramm der AKP erwähnte jedoch ausdrücklich die Wichtigkeit gutnachbarlicher Beziehungen und der Zusammenarbeit mit Russland (Erdogan war als Parteichef der AKP übrigens im Mai 2002 in Moskau mit Putin und Ministerpräsident Kasyanov zusammengetroffen). Präsident Sezer erwähnte im Mai 2002 beim NATO-Gipfel in Rom ebenfalls, dass der Ausbau der bilateralen Kooperation mit dem Freund und Nachbar Russland ein prioritäres Ziel der türkischen Außenpolitik sei. Und sogar Generalstabchef Kilinc bezeichnete bei einer Konferenz die Russische Föderation als geeignetsten strategischer Partner für die Türkei.

Als ein das Verhältnis sehr förderndes Element erwies sich im März 2003 die Weigerung des türkischen Parlamentes, den USA einen Durchmarsch durch die Türkei zwecks Eröffnung einer Nordfront gegen den Irak zu gestatten. Moskau betrachtete Ankara ab diesem Zeitpunkt nicht mehr als verlängerten Arm Washingtons.

Manche Beobachter meinen, dass die wachsende gegenseitige Annäherung auch auf eine Enttäuschung in beiden Staaten über ihr Verhältnis zur EU und das Gefühl einer mangelnden Berücksichtigung ihrer Interessen in Brüssel zurückzuführen war. Auch fiel diese Intensivierung in eine Zeit eines sowohl für Ankara, als auch für Moskau schwierigen Verhältnisses zu den USA (Irak-Krieg!). Hiezu kommt die gute persönliche Chemie zwischen Erdogan und Putin. Eine Gemeinsamkeit ist auch, dass in beiden Ländern prägende politische Persönlichkeiten die

Politik bestimmen, welche immer wieder zu harscher Rhetorik gegen den Westen neigen.

Regierungsantritt der AKP, Intensivierung des Besuchs-austausches

Der Regierungsantritt der AKP brachte jedenfalls einen Quantensprung in die bilateralen Kontakte. Diese entwickelten sich zu einer multidimensionalen Partnerschaft. Dies kommt nicht zuletzt in dem sehr intensiven Besuchs-austausch zum Ausdruck. Die nachstehende Übersicht beschränkt sich auf die Ebene des Staatspräsidenten, Ministerpräsidenten und Außenministers, wurde auf Basis der verfügbaren Unterlagen erstellt und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit (im türkischen Außenministerium existieren keine Jahrbücher über die internationalen Beziehungen, jene in Moskau ergeben kein komplettes Bild). In der Liste wurden meist nur die jeweiligen Familiennamen angeführt, wo nicht anders festgehalten, fand der Besuch in der jeweiligen Hauptstadt statt.

- 2004: Februar Außenminister Gül, Mai Gül (als Mitglied einer OIC-Delegation zur Diskussion von Nahost-Fragen), Juni Außenminister Lavrow (Istanbul, Teilnahme an einem OIC-Treffen und am NATO-Russland-Rat), September und November Treffen Gül – Lavrow (New York bzw. Sharm El Sheikh), Dezember Putin (abgesehen vom oberwähnten Aufenthalt Yeltsins in Istanbul 1992 erster offizieller Präsidentenbesuch seit jenem des sowjetischen Staatsoberhauptes Podgornij 1972);
- 2005: Jänner Erdogan, Juli Treffen Erdogan – Putin (Sotchi), November Treffen Erdogan – Putin (Samsun, Eröffnung der Erdöl-Pipeline Blue Stream);
- 2006: März Putin, Mai Lavrow, Juni Sezer (erster Besuch eines türkischen Präsidenten seit Gründung der Russischen Föderation);
- 2007: Juli Putin, Lavrow (Istanbul, BSEC-Treffen), September Treffen Außenminister Babacan – Lavrow (New York);
- 2008: Februar Babacan, Juli Lavrow, Juli Treffen Gül (Präsident seit 2007) – Medwedew (Astana, 10-Jahres-Feier), August Erdogan (im Zusammenhang mit Georgien-Krieg), September Lavrow;

- 2009: Februar Gül (Moskau und Tatarstan¹), Mai Treffen Erdogan – Putin (Sotchi), Juli Außenminister Davutoglu, August Putin (Tagung der Gemischten Wirtschaftskommission);
- 2010: Jänner Erdogan, Mai Medwedew (erstmalig Zusammenritt des High Level Strategic Cooperation Council – siehe nachstehend);
- 2011: Jänner Lavrow, März Erdogan (90-Jahres-Feier des Vertrages von Kars, ebenfalls Reise nach Tatarstan – siehe oben), September Treffen Gül – Medwedew (Jaroslawl);
- 2012: bisher sind keine Besuche bekannt geworden.

Institutionell schlägt sich das gute Verhältnis in einem High Level Strategic Cooperation Council (HLSCC) nieder. Vorsitzende sind der russische Präsident bzw. der türkische Ministerpräsident, Mitglieder sind zahlreiche Minister auf beiden Seiten. Das Gremium wurde, wie oben erwähnt, beim Besuch Medwedews in Ankara im Mai 2010 formell eingerichtet, bei welcher Gelegenheit auch die erste Tagung stattfand. Die zweite wurde im März 2011 abgehalten, die nächste ist für Herbst 2012 anberaumt.

Teil des HLSCC ist eine Strategische Planungsgruppe, welche ebenfalls jährlich tagen soll. Diese umfasst drei Untergruppen: jene für bilaterale Beziehungen und Außenpolitik, die Gemischte Wirtschaftskommission und das Soziale Forum (für die Bereiche Kultur, Wissenschaft und Erziehung).

Die Türkei betrachtet die russische Militärbasis in Armenien nicht mehr als Bedrohung. Gleiches galt für die früheren, inzwischen aufgelösten Basen in Georgien. Erdogan meinte anlässlich der Schließung des letzten dortigen Stützpunktes, dies sei eine innere Angelegenheit Russlands. Auch die starke russische Militärpräsenz in Abchasien und Südossetien scheint in Ankara kein Grund für akute Besorgnis zu sein.

¹ Anmerkung: Dies wurde als Beweis des Vertrauens Moskaus gewertet, welches früher Kontakten Ankaras mit türkischstämmigen Minderheiten in Russland mit Misstrauen gegenüber gestanden war und diese zu verhindern versucht hatte.

2009 hat die Türkei im Rahmen ihrer neuen Sicherheitsdoktrin Russland von der Liste derjenigen Staaten gestrichen, welche als Gefahr erachtet werden (zusammen mit dem Iran, Syrien, Armenien, Griechenland, Bulgarien und dem – interessanterweise in der Aufstellung noch angeführten Georgien).

Bezeichnend für die sich auch im türkischen Militär durchgesetzte geänderte Perzeption Russlands ist folgendes Detail: Putin griff auf der Münchener Sicherheitskonferenz scharf die NATO-Erweiterungsstrategie und den „US-Unilateralismus“ an. Die Rede erschien am nächsten Tag auf der Website der Streitkräfte, was den Eindruck einer Unterstützung der Kritik Putins erwecken musste.

In Regionalfragen teils Übereinstimmung, teils unterschiedliche Positionen

Meinungsverschiedenheiten gibt bzw. gab es in einzelnen Regionalfragen: Einig sind sich Moskau und Ankara in dem Bestreben, die Einflussnahme ausländischer Mächte im Südkaukasus hintan zu halten. Die Politik der Administration Bush II war in diesem Sinne als destabilisierend empfunden worden. Übereinstimmung herrscht auch betreffend das Schwarze Meer. Beide Staaten haben eine gewisse Tendenz, dieses als türkisch-russisches Binnenmeer zu betrachten (in der Türkei werden der Bosphorus und die Dardanellen „türkische Meerengen“ genannt). Die Rolle auswärtiger, potentiell den eigenen vitalen Interessen zuwiderlaufender Faktoren, wie etwa der USA sollen beschränkt werden. Die Türkei will stärkste Flottenmacht im Schwarzen Meer bleiben, Russland das permanente Eindringen Washingtons dort verhindern. So blockierte Ankara – wohl zur Befriedigung Moskaus – 2006 eine Initiative von Präsident Bush, zur besseren Bekämpfung des Terrorismus die NATO-Operation Active Endeavour auf das Schwarze Meer auszuweiten. Die Türkei verwies auf das Abkommen von Montreux sowie darauf, dass solches nicht mit der im März 2004 zur Intensivierung der Marine-Kooperation türkischerseits lancierten Operation Black Sea Harmony (Hauptquartier Eregli, Türkei, Beitritt Russlands 2006) vereinbar sei. Außerdem war man in Ankara besorgt, die NATO-Präsenz werde zu

Spannungen mit Moskau und zur Instabilität in der Region führen. In diesem Sinne sprachen sich beide Länder auch gegen eine Beteiligung von Nicht-Anrainerstaaten an der auf türkische Initiative 2001 gegründeten Blackseafort und an der Operation Black Harmony aus. Zum Unterschied von den Zeiten des Kalten Krieges ist nunmehr nicht nur Ankara, sondern auch Moskau gegen eine Revision der Konvention von Montreux.

Auf der anderen Seite stellte der Georgienkrieg eine gewisse Probe für das Verhältnis dar. Ankara bezog damals eine vorsichtige, äquidistante Position (siehe hierzu im entsprechenden Länderabschnitt), was in Moskau Anerkennung fand. Allerdings sah sich die Türkei mit dem wiedererwachten russischen Dominanzanspruch im Südkaukasus konfrontiert. Von Seiten Russlands wurde Druck auf Ankara ausgeübt, die Montreux-Konvention genau zu respektieren und die, von den USA gewünschte Einfahrt von dieser nicht entsprechenden Schiffen in das Schwarze Meer zu verhindern, was türkischerseits auch geschah (siehe auch hierzu im Länderabschnitt Georgien). Zu einer Friktion zwischen Ankara und Moskau kam es aber, als letzteres seiner Forderung „nachhelfen“ wollte, und tausende von türkischen LKWs an der Grenze blockierte (siehe hierzu nachstehend betreffend die Wirtschaftsbeziehungen). Der türkische Außenhandelsminister Tüzmen drohte, dies mit Retorsionsmaßnahmen zu beantworten, aber die Regierung erkannte, dass solches die Gefahr des Stopps russischer Energielieferungen bedeuten könnte. Erdogan erklärte, die Türkei könne sich dies nicht leisten, da man sonst „im Dunkeln sitzen würde“. Es wurde offensichtlich, dass Ankara angesichts dieser Abhängigkeit nicht in der Lage war, dem russischen Druck etwas entgegenzusetzen. Hinsichtlich des von Seiten Moskaus erhobenen Vorwurfs, die Türkei habe durch die Waffenlieferungen an Georgien zu dessen „Völkermord“ in Südossetien beigetragen, siehe im Länderabschnitt Georgien.

Unterschiedliche Positionen beziehen die Türkei und Russland auch betreffend Zypern. Moskau leistet keine Hilfestellung für den türkischen Standpunkt in der Frage einer – allfälligen – Wiedervereinigung (die Problematik darf als bekannt vorausgesetzt werden), sondern unterstützt auf politischer Ebene vielmehr Nikosia. Im April 2004 scheiterte die

Annahme eines durch UN-Generalsekretär Kofi Annan ausgearbeiteten Berichtes zwecks Beendigung der wirtschaftlichen Isolation Nordzyperns im UN-Sicherheitsrat am russischen Veto. Moskau unterhält starke Wirtschaftsbeziehungen zur Republik Zypern, wo auch beträchtliches russisches Kapital „geparkt“ sein soll. Bereits 1999 hatte die beabsichtigte Lieferung eines S-3000 Luftabwehrsystems an Nikosia für eine schwere Verstimmung zwischen der Türkei und Russland gesorgt, der Vertrag wurde in der Folge storniert.

Starke Wirtschaftskontakte

Die Wirtschaftskontakte haben sich in den letzten zehn Jahren stark entwickelt und sind eine Triebfeder in der Intensivierung des bilateralen Verhältnisses. 2008 wurde Russland der größte Handelspartner der Türkei, noch vor dem jahrelang an der Spitze gelegenen Deutschland. Das Handelsvolumen betrug 1992 \$ 450 Mio., 2004 \$ 11 Mrd., 2008 \$ 38 Mrd. und soll bis auf \$ 100 Mrd. gesteigert werden. Experten zweifeln allerdings daran, ob für diese Größenordnung überhaupt Potential vorhanden ist.

Die Export-Import-Statistik zeigt folgendes Bild:

	Türkische Exporte	Türkische Importe
2004	\$ 1 859 187	\$ 9 033 138
2006	\$ 3 237 611	\$ 17 806 239
2008	\$ 6 483 004	\$ 31 364 477
2010	\$ 4 628 153	\$ 21 600 641
2011	\$ 5 995 243	\$ 23 951 478

Die wichtigsten türkischen Ausfuhrwaren sind Früchte, Gemüse, Fahrzeugteile und Chemieprodukte. Bezogen werden vor allem Erdöl, Gas und auch Kohle. Das Verhältnis beträgt 1:4 zu Ungunsten Ankaras. 13% der Gesamtimporte kommen aus Russland, was 34% des Gesamtdefizits in der Handelsbilanz ausmacht. 90% der russischen Warenexporte in die Türkei (d. h. ohne Öl und Gas) laufen über Schwarzmeer-Häfen. Das Handelsvolumen mit Russland beläuft sich auf 90% desjenigen mit den

GUS-Staaten insgesamt. Tausende türkische Firmen sind auf dem russischen Markt tätig, welcher vor allem für Klein- und Mittelbetriebe Anatoliens wichtig ist, deren Produkte in der EU oft nicht konkurrenzfähig sind. Besonders stark vertreten sind türkische Bauunternehmen, das Auftragsvolumen belief sich 2008 auf ca. \$ 30 Mrd., was etwa 25% der internationalen Kontrakte ausmachte. Russland ist ein wichtiges Land für türkische Arbeitskräfte im Ausland. Sieben türkische Banken sind in Russland tätig.

Die türkischen Investitionen in Russland belaufen sich auf ein Volumen von ca. \$ 6 Mrd. und betreffen das Bauwesen (siehe oben), den Elektrosektor und die Glasindustrie. Dem stehen ca. \$ 4 Mrd. russischen Engagements in der Türkei gegenüber – vor allem auf den Sektoren Energie, Tourismus und Telekommunikation – was Berichten zufolge in Moskau als enttäuschend angesehen und auf die schwierigen Bedingungen bei türkischen Ausschreibungen zurückgeführt wird. Im Zusammenhang mit den Olympischen Winterspielen in Sotchi 2014 bestehen seitens türkischer Firmen große Hoffnungen auf weitere Aufträge für Investitionen und Warenlieferungen.

Zu einer Krise in den Handels- aber auch den politischen Beziehungen kam es während der Georgienkrise 2008. Wie oben angeführt wurden türkische LKWs, meist beladen mit Obst, Gemüse oder anderen Lebensmitteln oft bis zu einem Monat an der russischen Grenze blockiert. Angesichts der Verderblichkeit der Güter entstand den türkischen Exporteuren großer Schaden. Die Angelegenheit wurde in der Folge durch ein Abkommen über erleichterte Zollprozedur vom September 2008 bereinigt.

Stark entwickelt hat sich der Tourismus. 2009 besuchten ca. drei Millionen russischer Touristen die Türkei (1999 500.000), während etwa 200.000 Türken zu diesem Zweck nach Russland reisten. Positiv ausgewirkt hat sich hier (wie auch auf die Geschäftskontakte) die 2010 beschlossene, im April 2011 in Kraft getretene Aufhebung der gegenseitigen Visapflicht.

Der Energiesektor – Türkische Bestrebungen, Energiekorridor zu werden

Enge Beziehungen gibt es auf dem Energiesektor. Russland ist die wichtigste Bezugsquelle der Türkei für Erdgas (ca. 65% – damit ist die Türkei nach Deutschland der größte Exportmarkt für russisches Gas in Europa) und Erdöl (ca. 40%). Die ersten Ölimporte gab es übrigens bereits 1986 über eine Pipeline aus Bulgarien.

Ein wesentliches Element dieser Kontakte stellt die Gasleitung Blue Stream dar. Der Vertrag wurde, wie oben erwähnt, beim Besuch von Ministerpräsident Tschernomyrdin 1992 in Ankara unterschrieben. Die Gaslieferungen begannen 2003, die offizielle Eröffnung fand im November 2005 statt. Durch die 1.250 km lange Pipeline wird unter dem Schwarzen Meer erstmals direkt russisches Gas in den türkischen Hafen Samsun und dann weiter nach Ankara geliefert. Die Kapazität beträgt 30 bcm jährlich. Der auf 25 Jahre geschlossene Blue Stream-Vertrag stellte einen Wendepunkt in den bilateralen Beziehungen dar und brachte in diese eine entscheidende Dynamik. Er verbesserte auch die gewisse Missstimmung zwischen Ankara und Moskau, die nach dem türkischen Beschluss über die Ölpipeline Baku-Tbilisi-Ceyhan entstanden war (siehe hierzu im Abschnitt Energiepolitik).

Über das Projekt einer weiteren derartigen Pipeline Blue Stream II, über welche jährlich 16 bcm in die Türkei und dann weiter nach Westeuropa und auch in den Nahen Osten transportiert werden sollten, wurde zwar grundsätzlich Einigung erzielt, die Sache wurde aber nicht weiter verfolgt. Russischerseits wurde der Variante South Stream (siehe nachstehend) der Vorzug gegeben.

Im Oktober 2009 unterzeichneten die Türkei, Russland und Italien einen Vertrag über den Bau einer Transanatolien-Ölpipeline von Samsun nach Ceyhan durch türkische und italienische Gesellschaften mit einer eventuellen Verlängerung nach Israel. Diese soll 2012 fertig gestellt sein, 1,5 Mio. Fass täglich transportieren und eine von Ankara angestrebte Entlastung des Verkehrs durch den Bosphorus und die Dardanellen (und der mit

diesem verbundenen Gefahren von Unfällen mit entsprechenden Umweltschäden) bringen. Die russischen Firmen Transneft und Rosneft haben Interesse an einer Beteiligung angemeldet, die bei entsprechenden Liefermengen russischen Öls – welche für deren Erfolg entscheidend sind – bis zu 50% betragen könnte.

Beim Putin-Besuch in Ankara 2009 wurde ein Abkommen unterschrieben, mit welchem die Türkei geologischen und ökologischen Untersuchungen für die russische Pipeline South Stream in ihrer exklusiven Wirtschaftszone zustimmt. 2011 erhielt Gazprom die offizielle Genehmigung auch für die Streckenführung in dieser Zone.

Die enge Partnerschaft auf dem Gas- und Ölsektor steht im Gegensatz zu den Ambitionen der Türkei, ein Korridor für Energielieferungen aus dem Kaspischen Raum in Richtung Westeuropa zu werden. Russland versucht – wie schon in der Vergangenheit bei BTC und BTE (siehe Abschnitt 1) – die entsprechenden Pipelineprojekte zu verhindern, da sie dem Interesse Moskaus nach einer Monopolstellung, insbesondere auf dem Gassektor widersprechen. Siehe hierzu im Abschnitt Energiepolitik.

Im Mai 2010 unterzeichneten die Türkei und Russland einen Vertrag über den Bau und den Betrieb eines Atomkraftwerkes durch eine Tochterfirma der russischen Rosatom in Akkuyu in der Nähe des türkischen Mittelmeerhafens Mersin. Das Abkommen wurde im Juli 2010 durch das Parlament in Ankara ratifiziert. Die Leistung des Werkes soll 4.800 Megawatt in vier Reaktoren betragen. Die Vorarbeiten laufen seit März 2011, Baubeginn soll 2013 sein, die Inbetriebnahme ab 2019 stattfinden. Das türkische Elektrizitätsunternehmen TETAS hat die Abnahme von 70% der Produktion aus den beiden ersten und 30% aus den beiden weiteren Reaktoren garantiert, der Rest wird auf dem freien Markt verkauft. Es wird sich um das erste Atomkraftwerk in der Türkei handeln.

Projekte wie Blue Stream haben zwar durch den direkten Bezug die Energiesicherheit der Türkei verbessert, die enge Bindung an Moskau hat aber die Abhängigkeit von diesem erhöht und das Land verwundbar gemacht (siehe oben sowie im Länderabschnitt Georgien). Hiezu kommt, dass die Türkei ca. 50% ihres elektrischen Stromes aus Gas er-

zeugt. In diesem Sinne ist Moskau interessiert, Ankara noch enger an sich zu binden.

Gewisse Beziehungen auch im Militärbereich

Schwach entwickelt sind die Kontakte auf militärischem Gebiet, was angesichts der NATO-Mitgliedschaft der Türkei und des Charakters Russlands als Nachfolgestaat der Sowjetunion nicht überrascht. Im Jahre 2000 wurde anlässlich eines Besuches von Ministerpräsident Kasyanov (siehe oben) ein Protokoll über die Einsetzung eines Komitees für Zusammenarbeit auf dem Militärssektor unterzeichnet, doch sind konkrete Ergebnisse nicht bekannt geworden. Es gibt aber immer wieder gegenseitige Besuche von Delegationen bzw. Truppenbesuche einzelner Einheiten der Marine. So wurde zuletzt im Februar 2012 verlautbart, dass der Kommandant der russischen Landstreitkräfte in Ankara sein türkisches Pendant zwecks Information über deren Organisation und Kampfausbildung besucht hat. Die beiden Seiten kooperieren auch im Rahmen von Blackseafor, welche 2001 seitens der Anrainerstaaten des Schwarzen Meeres für Not- und Rettungsoperationen sowie zum Kampf gegen Terrorismus, illegale Migration und Umweltverschmutzung gegründet wurde.

Es kam auch zu russischen Waffenverkäufen an die Türkei, welche das erste NATO-Land ist, mit welchem eine Kooperation auf diesem Gebiet besteht. 2008 gab es ausgerechnet unmittelbar nach dem Georgienkrieg eine Lieferung von Panzerabwehr-Lenk Waffen (ATGM) im Werte von \$ 80 Mio. an Ankara. Analysten wiesen darauf hin, dass Ankara ATGM auch von anderen Anbietern hätte beziehen können.

Wenig intensiv sind auch die kulturellen Kontakte. 2007 wurde in der Türkei ein „russisches Jahr“, 2008 in Russland ein „türkisches Jahr“ veranstaltet. Zugenommen hat allerdings der Russisch-Unterricht an türkischen Universitäten.

Partnerschaft und Rivalität

Zusammenfassend ist festzustellen, dass seit Auflösung der Sowjetunion das türkisch-russische Verhältnis durch einen Dualismus zwischen Partnerschaft und Rivalität sowie Kooperation und Konkurrenz gekennzeichnet ist. Im Südkaukasus gibt es das überlappende Interesse an Stabilität und Sicherheit (manche Beobachter meinen, dass darüber hinaus auf beiden Seiten in der Region keine vitalen Interessen vorhanden sind), im Schwarzen Meer den Wunsch nach Fernhalten auswärtiger Faktoren, wie die NATO sowie nach Garantie der Konvention von Montreux. Einige Analysten gehen davon aus, dass Ankara und Moskau zuerst ihren Einfluss im Südkaukasus stärken und dann aneinander geraten werden. Unterschiedliche Ansichten bestehen in manchen regionalen Fragen und teilweise auf dem Energiesektor.

Für die Türkei ist Russland vor allem ein wichtiger Wirtschafts- und Energiepartner. Allerdings hat man türkischerseits kein Interesse, im Verhältnis zu Moskau der Juniorpartner zu sein. Im Südkaukasus ist man in Ankara bestrebt, möglichst die Interessen Moskaus zu berücksichtigen und nichts gegen diese zu unternehmen. Ein Handeln gegen diese wäre nach dieser Ansicht nicht zweckmäßig. Enttäuscht ist man in Ankara darüber, dass Russland keine echten Schritte zur Lösung des Nagornij-Karabach-Konfliktes unternimmt, der für die Türkei das größte Hindernis für eine aktivere Regionalpolitik im Südkaukasus darstellt.

Russland sieht die Türkei als Verbündeten gegen stärkeren US-Einfluss im Südkaukasus. Bilateral ist man vor allem bestrebt, die wirtschaftlichen und Energiebeziehungen auszubauen und sie für Moskau vorteilhaft zu gestalten. Die türkischen Ambitionen nach einer größeren Rolle im Südkaukasus liegen nicht im russischen Interesse.

Zu bemerken wäre noch, dass die engen bilateralen Beziehungen nicht nur auf das gute persönliche Verhältnis zwischen Erdogan und Putin zurückzuführen sind, sondern auch dadurch begünstigt werden, dass in beiden Ländern die politische Landschaft durch eine Persönlichkeit und eine Partei dominiert wird.

6. Energiepolitik – Türkische Bestrebungen, Energiekorridor zu werden

Die Türkei strebt die Stellung eines Ost-West-Energiekorridors an

Die Türkei liegt geographisch in der Nähe zweier Gebiete mit einem großen Anteil der weltweiten Vorkommen an Erdöl und Erdgas. Ca. 35 bis 40% des Öls und etwa 20% des Gases werden dort gefördert. Zumal liegt das Land, das selbst wenig Energie produziert, an einer Schnittstelle zwischen Europa und Asien und ist somit prädestiniert für die Funktion als Energiekorridor vom Kaspischen Raum nach Westeuropa. Es war dieser Gedanke, welcher am Beginn der diesbezüglichen Ambitionen Ankaras stand. Nach Zerfall der Sowjetunion wollte die Türkei in einer Art Doppelstrategie einerseits ihre Energiesicherheit durch Diversifizierung der Quellen erhöhen und andererseits durch ihre Funktion als Energiekorridor ihre geopolitische Rolle in diesem Raum unter Beweis stellen und stärken – letzteres auch im Verhältnis zu Westeuropa. Die USA begannen zu Beginn der Clinton-Administration Interesse für die kaspischen Energiequellen zu entwickeln und strebten danach, den Einfluss Moskaus in den neuen Staaten der Region möglichst einzudämmen. Letztere wollten sich ihrerseits der russischen Dominanz entziehen.

Schon die Regierung Demirel startete in den 90er-Jahren eine Art von Ost-West-Pipeline-Politik und es wurde das Schlagwort einer modernen Seidenstrasse geprägt. Dynamik erhielt diese durch den 1994 abgeschlossenen „Vertrag des Jahrhunderts“, in welchem die Azerbaijani International Operating Company AIOC einem Konsortium von 13 führenden westlichen Ölfirmen und der aserbaidshischen SOCAR (siehe im entsprechenden Länderabschnitt) die Konzession zur Erschließung und Ausbeutung von drei Ölfeldern erteilte. Es war dies die Geburtsstunde bzw. der Ausgangspunkt für die späteren Pipelines Baku-Tbilisi-Ceyhan und auch die Leitung Baku-Tbilisi-Erzurum (siehe weiter unten).

Anlässlich der Wahlen in der Türkei 2002 postulierte das Wahlmanifest der AKP u. a., die strategische Lage des Landes für eine wichtige Rolle auf dem Energiesektor zu nutzen. Im Jahre 2003 unterzeichneten die Türkei, Aserbaidtschan und Georgien ein Abkommen über die Sicherheit des geplanten Ost-West-Energiekorridors. Die EU betonte 2004 in ihrem Fortschrittsbericht (jährliche Überprüfung des Reformprozesses) betreffend die Türkei die Wichtigkeit des Landes für die Diversifizierung der Öl- und Gasbezüge. Spätere Fortschrittsberichte bezeichneten das Nabucco-Projekt (siehe unten) als Priorität.

Die ersten Pipelines

Die erste Pipeline in Ost-West-Richtung war die Leitung von Baku über Tbilisi zum türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan (BTC). Das entsprechende Abkommen wurde 1999 in Istanbul durch die Türkei, Aserbaidtschan und Georgien unterschrieben. Der Bau an der 1.770 km langen Pipeline wurde 2003 begonnen, die Eröffnung fand im Juli 2006 statt. Bis dahin waren aserbaidtschanische Ölexporte nur via Russland über die Leitung Baku-Novorossiysk oder jene von Baku nach Supsa (Georgien) möglich gewesen. BTC wird durch BP betrieben und verfügt über eine Maximalkapazität von 500 Mio Tonnen jährlich bzw. 1 Mio Fass pro Tag. Der Hafen Ceyhan kann auch von sehr großen Tankern angefahren werden und macht die Türkei zum wichtigsten Ölterminal am Mittelmeer. Aus wirtschaftlichen Gründen ist in Ceyhan auch der Bau einer Raffinerie geplant. Global gesehen ist BTC nur von beschränkter Bedeutung, erlaubt es Aserbaidtschan aber in Europa zumindest teilweise zu einem Konkurrenten für die Exporte der OPEC und Russlands zu werden. Die Wichtigkeit der Pipeline liegt neben der wirtschaftlichen vor allem in ihrer politischen Dimension.

Parallel zu BTC und quasi als deren Nebenprodukt ist seit 2007 eine 692 km lange – auch South Caucasus Pipeline genannte – Gasleitung von Baku über Tbilisi nach Erzurum in Nordostanatolien in Betrieb (BTE). Über sie bezieht die Türkei auf Basis eines für 15 Jahre geschlossenen Vertrages jährlich 6,6 bcm, zu einem Vorzugspreis, der mit \$ 123 deutlich unter jenem auf dem Weltmarkt liegt (der Preis wurde

2011 nach langen Meinungsdivergenzen neu festgelegt, Details sind nicht bekannt geworden, siehe hierzu im Länderabschnitt Aserbaidschan). Mit BTE sind die Türkei und Aserbaidschan zu nicht unbedeutenden Playern auf dem internationalen Gasmarkt geworden. Gespeist wird die Leitung durch Gas aus dem Feld Shah Deniz, einem der größten der Welt, welches ca. 70 km von Baku entfernt im Kaspischen Meer liegt. Dieses wurde 1999 entdeckt. Seitens eines Konsortiums, gebildet aus BP, Statoil und fünf weiteren Gasfirmen wurde die Infrastruktur der Phase I 2005 fertig gestellt und die Förderung aufgenommen. Der internationale Markt wird seit 2007 beliefert. Die Kapazität beträgt bis zu 9 bcm jährlich. Beschlossen wurden auch die Investitionen für die Phase II, welche eine Kapazität von 16 bcm hat, die Förderung soll ab 2016 laufen. Interessant ist übrigens, dass man in Shah Deniz zunächst nach Öl suchte, dann aber Gas in solchen Mengen fand, dass der Bau von BTE als lohnend erachtet und durchgeführt wurde.

Die einzige in Betrieb stehende Verbindung, über die Gas derzeit aus Aserbaidschan nach Westeuropa geleitet wird, ist der Interkonnektor Türkei-Griechenland (ITG). Der Bau der 296 km langen Leitung mit einer Kapazität von 3,5 bcm wurde 2005 begonnen, der Betrieb 2007 aufgenommen. Mit dieser Pipeline wurde der erste – wenn auch bescheidene – Schritt in Richtung der Position der Türkei als Ost-West-Energiekorridor gesetzt.

Großprojekte für die Zukunft

Im Zusammenhang mit der künftigen Gasförderung aus der Phase II von Shah Deniz wurden verschiedene, einander konkurrierende Großprojekte für den Bau einer durchgehenden Pipelineverbindung von Aserbaidschan nach Westeuropa entwickelt.

Das ehrgeizigste, für Österreich wichtigste Vorhaben, ist Nabucco. Das Projekt begann mit einem Protokoll zwischen der ÖMV und der türkischen Botas 2002, dem noch im selben Jahr die ungarische MOL, die rumänische Transgaz und die bulgarische Bulgargaz (nunmehr BEH) beitraten. Durch diese Staaten sollte die 3.300 km lange Pipeline mit

einer Maximalkapazität von 31 bcm von der aserbaidisch-türkischen Grenze nach Baumgarten in Niederösterreich führen. 2004 wurde die Nabucco Company gegründet. 2008 trat die deutsche RWE dem Konsortium bei. Im Juli 2009 wurde in Budapest ein Regierungsabkommen der fünf beteiligten Staaten unterzeichnet. Die Kosten wurden anfangs mit Euro 8 Mrd berechnet, die Schätzungen belaufen sich derzeit auf beinahe das Doppelte. Das Projekt genießt die finanzielle Unterstützung durch die EU, welche Nabucco zu einer Priorität ihrer auf Energiesicherheit abzielenden Politik erklärt hat.

Der Unterschrift unter das Regierungsabkommen waren jahrelange Differenzen, insbesondere zwischen Ankara und Baku vorausgegangen. Die Türkei hatte ursprünglich gefordert, das Gas aus Aserbaidschan anzukaufen und zu eigenen Bedingungen zu reexportieren. Die anderen Partner sowie die EU lehnten dies ab, da sie den Einfluss Ankaras möglichst gering halten und direkten Zugang zum Lieferland Aserbaidschan haben wollten. Strittig war ferner auch der türkische Wunsch, 15% des Nabucco-Gases zu einem Vorzugspreis für sich behalten zu können. Die Meinungsverschiedenheiten konnten im Mai 2009 bereinigt werden, als die Türkei ihre Ansinnen zurückzog. Die auch aus anderen Gründen – auf die hier nicht näher eingegangen werden soll – entstandene Verzögerung führte aber dazu, dass die Aufnahme der Produktion aus Shah Deniz II auf 2016 verschoben wurde, Nabucco in seiner ursprünglich vorgesehenen Form hätte ab 2017 eine Kapazität von jährlich 31 bcm gehabt.

Die türkische Beteiligung an Nabucco bei gleichzeitiger Unterstützung des Projektes South Stream (siehe Länderabschnitt Russland) hat die Frage aufkommen lassen, ob diese Positionen Ankaras miteinander kompatibel seien. Nach Ansicht vieler Experten – der von anderen allerdings widersprochen wird – sind Nabucco und South Stream konkurrierende Projekte, welche in Bezug auf den kommenden Gasbedarf in Westeuropa einander ausschließen. Der türkische Außenminister Davutoglu und andere Regierungsvertreter haben jedoch mehrfach erklärt, man sehe die beiden Vorhaben nicht als rivalisierend, sondern als komplementär an. Das Übereinkommen mit Moskau sei für Ankara eine rationale und keine ideologische Entscheidung gewesen.

Wiederholte türkische Versuche, die Nabucco-Frage mit der eigenen EU-Kandidatur zu verbinden, wie etwa die Andeutung Erdogans im Jänner 2009, die weitere Unterstützung des Projektes allenfalls von der Eröffnung des Kapitels Energie in den Beitrittsverhandlungen abhängig zu machen, erwiesen sich als nicht erfolgreich und auch nicht zweckmäßig. Betreffend die jüngsten Entwicklungen im Nabucco-Projekt siehe unten.

Ein weiteres Großprojekt ist der Interkonnektor Türkei-Griechenland-Italien (ITGI), d.h. die Verlängerung von ITG nach Italien. Der Vertrag wurde 2009 in Rom unterzeichnet. Er sieht den Ausbau des bestehenden türkischen Netzes sowie von ITG und die Errichtung einer neuen Leitung von Griechenland nach Italien vor. Die Kapazität soll 11,5 bcm betragen, beteiligt sind die Firma Edison, die griechische DEPA und die türkische Botas.

Daneben besteht das mit ITGI direkt konkurrierende Vorhaben einer Trans Adriatic Pipeline (TAP), welche von der Türkei über Griechenland und Albanien nach Süditalien führen soll. Das entsprechende Abkommen wurde 2008 geschlossen, das Konsortium aus Statoil, dem Schweizer Unternehmen ELG und E.ON Ruhrgas gebildet. Die Leitung würde über eine Kapazität von bis zu 20 bcm jährlich verfügen und den Betrieb 2013/2014 aufnehmen.

Die geplante Transanatolische Pipeline

Seit Dezember 2011 ist das Konkurrenzverhältnis zwischen diesen drei Projekten um ein weiteres Element bereichert. Die Türkei und Aserbaidschan haben ein Memorandum of Understanding über den Bau einer Transanatolian Pipeline (TANAP) unterschrieben. Durch diese sollen 16 bcm Gas aus Shah Deniz II über Georgien in die Türkei geleitet werden, von denen 6 bcm für den türkischen Eigenbedarf bestimmt sind und die restlichen 10 bcm nach Westeuropa exportiert werden sollen (Ankara hätte so sein obgenanntes Ziel, das Gas selbst weiterzuverkaufen, erreicht). Das Konsortium soll aus der aserbaidchanischen SOCAR (siehe einschlägiger Länderabschnitt), dem Nabucco-Partnern Botas und dem türkischen Unternehmen TPAO bestehen. Die Fertigstellung ist, gewis-

sen Meldungen zufolge, erst für 2017 vorgesehen, die Kosten sind mit \$ 6 Mrd veranschlagt. Ein SOCAR-Vertreter erklärte, Details, insbesondere der kommerzielle Aspekt des Vertrages müssten noch ausgehandelt werden. Erwähnt sei ergänzend, dass auch BP eine Zeitlang an eine eigene Leitung, die South East Energy Pipeline gedacht hat, doch ist es zuletzt um diesen Plan wieder still geworden.

Nabucco, ITGI und TAP haben Ende 2011 Aserbaidschan ihre Angebote vorgelegt. Im Februar 2012 wurde bekannt, dass ITGI von Seiten Bakus nicht mehr in Betracht gezogen wird, da man gewissen Meldungen zufolge befürchtet, dass die an dem Projekt beteiligte DEPA nach ihrer geplanten Privatisierung nicht mehr in der Lage sein würde, einen Vertrag zu erfüllen. Im Rennen sind demnach nur noch Nabucco und TAP, doch wurden die Karten durch den Plan des Baues von TANAP wohl neu gemischt. Letzteres Projekt bedeutet in gewisser Weise das Ausscheren Ankaras aus der gemeinsamen Energiepolitik EU-Türkei. Angedacht wird derzeit offenbar auch eine Kombination von TANAP mit einer reduzierten Form von Nabucco oder TAP. In diesem Sinne hat das Nabucco-Konsortium der aserbaidschanischen Seite eine modifizierte Form des Projektes vorgelegt. Demnach soll Nabucco lediglich an der türkisch-bulgarischen Grenze beginnen („Nabucco West“), der Wege bis dorthin würde durch TANAP abgedeckt werden. Die aserbaidschanischen Angaben, wann eine Entscheidung über den Zuschlag fallen soll, sind unterschiedlich: In einigen Meldungen ist von Juli 2012 die Rede, andere sprechen erst von Mitte 2013. Letzteres würde für die bereits geplanten Projekte eine weitere Verzögerung bedeuten.

Bemühungen um zusätzliche Gaslieferungen

Sollte die TANAP realisiert werden, so hätte die Türkei einen klaren Schritt in Richtung Energiekorridor getan. In Ankara, aber auch seitens der Verantwortlichen der obgenannten Pipelineprojekte sowie seitens der EU hofft man, außer aus Aserbaidschan auch aus anderen Ländern Gas durch den so genannten „südlichen Korridor“ nach Westeuropa leiten zu können. Dies wäre für Nabucco in seiner früher geplanten Kapazität absolut notwendig gewesen. Die Hoffnungen richten sich auf Turk-

menistan, wo die drittgrößten (bekanntesten) Gasvorräte der Welt liegen, aber auch auf Kasachstan. Dies stößt jedoch auf mehrere Schwierigkeiten: Um das Gas nach Aserbaidschan zu bringen und es in die Richtung Westen führende Leitung einzuspeisen, müsste eine transkaspische Pipeline gebaut werden. Dies scheitert an den Differenzen der Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres über dessen rechtlichen Status. Dem Bau der Leitung müssten abmachungsgemäß alle diese Staaten zustimmen, was seitens Russlands (und wohl auch des Iran) keineswegs zu erwarten ist. Theoretisch bestünde die Möglichkeit, turkmenisches Gas via den Iran zu schicken, eine derartige Beteiligung Teherans kommt aber derzeit aus politischen Gründen – nicht zuletzt wegen des Widerstandes Washingtons – kaum in Frage. Außerdem wären beträchtliche Investitionen erforderlich. Letzteres gilt auch für die ebenfalls angestellten Überlegungen einer Verflüssigung des turkmenischen Gases und des Transportes nach Aserbaidschan in Tankschiffen. Und zu alledem besteht zwischen Turkmenistan und Russland ein 2003 auf 25 Jahre geschlossenes Abkommen über die Lieferung von 80 bcm jährlich. Zu berücksichtigen ist auch das große Interesse Chinas am turkmenischen Gas. Eine diesbezügliche 1.833 km lange Pipeline (durch Kasachstan und Usbekistan) wurde im März 2012 eröffnet, durch welche 40 bcm auf 35 Jahre nach China fließen sollen. Die Realisierung der auf Turkmenistan gesetzten Hoffnungen scheint also derzeit schwierig.

Eine Rolle in den Energieambitionen Ankaras spielt auch der Irak. Die 970 km lange Ölpipeline Kirkuk-Ceyhan, die zu Beginn der 90er-Jahre wegen der politischen Spannungen unterbrochen wurde, ist seit 2009 wieder in Betrieb. Sie hat eine Kapazität von 70 Mio Tonnen und ist damit die größte Ölleitung des Irak. Der entsprechende Liefervertrag wurde 2010 um 15 Jahre verlängert. Auf dem Gassektor wäre, Experten zufolge, bei entsprechenden Investitionen die Lieferung von bis zu 40 bcm jährlich aus dem Nordirak möglich. Die Regierung in Bagdad hat, soweit bekannt, 15 bcm angeboten. Die Realisierung ist aber wegen des Konfliktes zwischen der Zentralregierung und der Kurdischen Regionalautonomie über die Lizenzvergabe für die Ausbeutung der Gasfelder und die Aufteilung der Einnahmen unsicher. Ankara strebt den Bau einer Gaspipeline aus dem Nordirak parallel zur Leitung Kirkuk-Ceyhan (also nach dem Modell BTC – BTE) an. Die Unsicherheit im Irak beeinträchtigt

tigt allerdings das Investitionsklima und die nachhaltige Ausbeutung der irakischen Öl- und Gaslager.

Aus dem Iran bezieht die Türkei derzeit 20% ihres Gases (24 bcm), eine substantielle Erhöhung für die Weiterleitung nach Westeuropa ist jedoch nicht zu erwarten. Ein Memorandum of Understanding aus dem Jahre 2008 über die Erschließung des großen iranischen Gasfeldes South Pars durch die türkische TPAO, den Bau einer Pipeline und die Lieferung von 20 bcm ist bisher nicht umgesetzt worden. Außerdem benötigt der Iran einen Großteil seines Gases für die Eigenversorgung. Hierzu kämen, wie oben im Falle Turkmenistans angeführt, US-Widerstände gegen eine stärkere Rolle des Iran bei der Gasversorgung Europas.

Theoretische Pläne gibt es auch über den Export ägyptischen Gases in die Türkei im Wege der Verlängerung der derzeit durch Jordanien bis Homs in Syrien (mit Abzweigung in den Libanon) laufenden Arab Gas Pipeline. Es gibt aber bisher noch keine konkrete Lieferzusage seitens Ägyptens, außerdem ist die Kapazität der Leitung relativ gering und zudem steigt der Gasbedarf in den bisherigen Abnehmerländern. Darüber hinaus ist angesichts der ungewissen Zukunft Syriens eine allfällige Realisierung des Vorhabens wohl in weite Ferne gerückt.

Beim Staatsbesuch des Emir von Qatar in der Türkei in Ankara im August 2009 machte Erdogan den – wohl etwas phantasievollen – Vorschlag des Baus einer Pipeline durch Saudi-Arabien, Kuwait, den Irak oder Jordanien mit Anschluss an die Arab Gas Pipeline oder der Lieferung von LNG. Qatar reagierte grundsätzlich positiv, konkrete Schritte wurden aber nicht unternommen. Pressemeldungen zufolge wurde jedoch bei einem Besuch Erdogans in Qatar im April 2012 der Ankauf qatarischen Gases durch die Türkei im Wert von \$ 30 Mrd vereinbart, das wohl verflüssigt geliefert werden wird.

Fragezeichen durch den Georgienkrieg

Der Krieg zwischen Georgien und Russland 2008 hat ein gewisses Fragezeichen hinter die Rolle der Türkei als Energiekorridor in Richtung

Westeuropa unter Umgehung Russlands gesetzt. Aufgezeigt wurde die militärische Verwundbarkeit von Pipelines durch Georgien, dessen Stellung als sicheres Transitland erschüttert wurde. Außerdem ist für die Funktion der Türkei als Energiekorridor eine pro-westliche Orientierung der Regierung in Tbilisi unerlässlich, ebenso wie das Interesse Aserbaidschans, sich als verlässlicher Partner des Westens auf dem Energiesektor zu profilieren. Ein Kurswechsel in einem der beiden Staaten – allenfalls unter dem Einfluss Moskaus – würde die Lage wohl entscheidend verändern.

Klar gegen die türkischen Ambitionen ist Russland, das seine weitgehende Monopolstellung für Energietransporte aus dem Kaspischen Raum bzw. die Kontrolle über die dortigen Ressourcen behalten will, und schon seinerzeit versucht hatte, BTC und BTE zu verhindern. So wurde in Baku der deutliche Wunsch deponiert, dass die Leitung nach Novorossiysk Hauptroute für den Export aserbaidischischen Öls bleibt. Außerdem wurde angeboten, sämtliches aserbaidischisches Gas, also auch das künftige aus Shah Deniz II, zum Weltmarktpreis zu kaufen. An Ankara erging die Zusage, mehr Gas für Blue Stream (siehe Länderabschnitt Russland) zur Verfügung zu stellen. Die türkischen Interessen auf dem Energiesektor stehen also in teilweise diametralem Gegensatz zu jenen Russlands. Daran können auch die guten bilateralen Beziehungen zwischen Ankara und Moskau nichts ändern.

Hauptziel der türkischen Energiepolitik im Sinne einer Sicherheit der Versorgung sind die Pflege des Verhältnisses zum Hauptlieferanten Russland, die Sicherung eines möglichst großen Anteiles aus den Quellen des Kaspischen Raumes sowie Lieferungen aus den nahöstlichen Nachbarstaaten. Zu bedenken ist, dass der Importanteil an Energie derzeit 73% beträgt und bis 2020 auf 78% steigen dürfte. Betreffend die zweite Säule der Energiepolitik, nämlich die angestrebte Rolle als Energiekorridor, deckt sich diese Zielsetzung mit den Interessen der EU und der USA. Dies wird seitens Brüssels und Washingtons immer wieder betont. Zudem entsprechen die türkischen Ambitionen auch den im Länderabschnitt Georgien erwähnten EU-Projekten TRACECA zwecks besserer Verkehrs- und Kommunikationsverbindungen zwischen Europa und Mittelasien und INOGATE für die Kooperation auf dem Energie-

sektor zwischen der EU, der Türkei, den Staaten des Südkaukasus und Zentralasiens, Moldau, Belarus und der Ukraine. Gegenüber der EU kann Ankara zur Diversifizierung der Energiequellen und der Transportwege beitragen, gegenüber Russland kann es Exportmöglichkeiten unter Umgehung problematischer Transitwege, wie durch die Ukraine und Belarus anbieten. Bei all dem muss die Türkei die Interessen der EU und der USA, wie auch jene Russlands im Kaspischen Raum sowie diejenigen der Staaten dieser Region und des Nahen Ostens in einem oft schwierigen Balanceakt mitberücksichtigen.

Für die Realisierung der Ambitionen Ankaras wird nicht zuletzt auch entscheidend sein, inwieweit die kaspischen Staaten bereit und in der Lage sind, sich vom Einfluss Moskaus zu lösen und die Transitwege durch die Türkei zu nutzen.

Abschließend sei festgehalten, dass – selbst wenn die Türkei ihr Ziel erreicht – ihr internationaler Stellenwert bezogen auf die Region zwar erhöht, globalpolitisch ihre Bedeutung als Energiekorridor insgesamt jedoch beschränkt bleiben wird.

7. Wertung und Ableitungen

Hauptinteressen der Türkei im Südkaukasus

Das Hauptinteresse der Türkei im Südkaukasus liegt gegenwärtig in der Aufrechterhaltung der Stabilität, um ihr Ziel, ein Energiekorridor zu werden, nicht zu gefährden. Die Sicherheit im Südkaukasus soll nach Ansicht Ankaras durch die Staaten der Region selbst garantiert werden. Türkischerseits ist man bestrebt, den Südkaukasus nicht zum Schauplatz der Rivalität zwischen den USA und Russland werden zu lassen. Es handelt sich um einen Balanceakt zwischen den Akteuren in der Region und äußeren Mächten, welche in dieser Einfluss zu gewinnen suchen.

Präsident Gül formulierte die Position seines Landes wie folgt: Dem Südkaukasus kommt eine Schlüsselstellung betreffend Energieressourcen und deren sicherem Transport von Osten nach Westen zu. Dieser läuft durch die Türkei. Dies ist der Grund, warum wir sehr aktiv versuchen, eine Atmosphäre des Dialoges zu erreichen, damit das richtige Klima zur Lösung von Problemen besteht. Wenn im Südkaukasus Instabilität herrscht, wäre dies wie eine Mauer zwischen Ost und West. Wenn wir Stabilität in der Region haben, kann diese die Funktion eines Tores haben.

Größte Herausforderung für die Türkei war in diesem Sinne der Georgienkrieg 2008, welcher Ankara vor Augen führte, wie verletzlich die Energie-Transportroute im Ernstfall sein kann. Ankara sah sich vor der Situation, dass das für seine Energieambitionen unerlässliche Georgien und der wichtige Wirtschaftspartner Russland direkt in den Konflikt verwickelt waren. Außerdem zeigte sich, dass ein der westlichen Haltung entsprechender Positionsbezug mit Rücksicht auf Moskau für die Türkei schwierig ist.

Kein Erfolg bei weitreichenden Initiativen

Die Türkei hat in den letzten Jahren, wie in Abschnitt 1 ausgeführt, im Südkaukasus zwei größer angelegte Initiativen ergriffen, die beide nicht erfolgreich waren. Es waren dies der Vorschlag der Etablierung einer Kaukasus-Plattform und der Versuch der Normalisierung des Verhältnisses zu Armenien. Beide Aktionen waren offenbar mangelhaft vorbereitet und die Voraussetzungen hierfür wurden wohl falsch eingeschätzt. Manche Beobachter sehen eine gewisse Tendenz Ankaras, anderen Akteuren die Schuld hierfür zuzuweisen: Saakashvili wegen seiner provokanten Haltung gegenüber Moskau, Sargsyan wegen seiner Unfähigkeit, die Normalisierung mit der Türkei im eigenen Land durchzubringen und Aliyev wegen seines Drucks auf die Türkei in der Armenienfrage. Die geschlossene Grenze zu Armenien hat keine positiven Auswirkungen betreffend Nagornij-Karabach gebracht und stärkt die Abhängigkeit Jerevans von Moskau. Die Null-Problem-Politik Davutoglus ist im Südkaukasus an ihre Grenzen gestoßen. Gute Beziehungen gleichzeitig zu Armenien und Aserbaidschan erwiesen sich als nicht machbar. Außerdem verunmöglicht das Verhältnis Türkei-Armenien eine allfällige – in Ankara nicht offen angestrebte, aber theoretisch sicher willkommene – Vermittlerrolle in der Nagornij-Karabach-Frage.

Im Verhältnis zu Russland ist der Südkaukasus eine Zone sich überlappender Nachbarschaft. Die Mischung zwischen Zusammenarbeit und Konkurrenz wird auch in Hinkunft bestimmender Faktor sein. Ein wichtiger Aspekt ist für Ankara auch, Moskau davon zu überzeugen, dass seine Kaukasus-Politik nicht vom Westen diktiert wird, sondern eigenständig ist und nicht die Absicht verfolgt, Russland die führende Rolle in der Region streitig zu machen (was ohnedies völlig unrealistisch wäre). Ein allfälliges stärkeres Engagement der Türkei im Südkaukasus birgt automatisch die Gefahr einer wachsenden Rivalität mit Moskau.

Ein wichtiger Faktor in der türkischen Politik gegenüber dem Kaukasus-Raum ist der wirtschaftliche. Priorität hat in dieser Hinsicht der Ausbau der Beziehungen zu Russland, sowie auch zu Aserbaidschan wegen der kaspischen Energiequellen. Georgien und Armenien sind als kleine

Märkte eher zweitrangig. Die Bedeutung des ersteren liegt für die Türkei in der Stellung als Transitland von Aserbaidschan nach Westen.

Nagornij-Karabach als Hindernis für die Ambitionen Ankaras

Größtes Hindernis für eine stärkere Rolle der Türkei im Südkaukasus ist der Nagornij-Karabach-Konflikt und damit verbunden das ungelöste Verhältnis zwischen Ankara und Jerewan. Ohne Regelung dieser beiden Fragen wird keine alle drei Südkaukasus-Staaten umfassende Kooperation möglich sein – derartige Konstellationen sind eine Leitmaxime der türkischen Außenpolitik. Sollte eines Tages eine Lösung doch erreicht werden, würde in der Region eine völlig neue Situation entstehen, auch für den Westen und für Russland.

Weitreichende Initiativen Ankaras im Südkaukasus dürften in der näheren Zukunft nur zu erwarten sein, wenn entscheidende Veränderungen eintreten. Auf der anderen Seite brächte ein allfälliger neuer Waffengang zwischen Aserbaidschan und Armenien mit Rücksicht auf das enge Verhältnis zu Baku und die guten Beziehungen zum Protektor Jerewans, Russland, die Türkei in eine schwierige Lage. Gleiches gilt auch für einen eventuellen neuen Angriff Moskaus auf Georgien.

Rücksichtnahme auf Moskau, aber kein Gegensatz zu westlichen Interessen

Im Westen wird gelegentlich der Vorwurf erhoben, für die Türkei hätten im Südkaukasus die Interessen Russlands Priorität vor jenen der EU und der USA. Dies wird in Ankara mit dem Hinweis zurückgewiesen, auch eine volle Unterstützung der westlichen Politik könnte die Machtverhältnisse in der Region nicht wesentlich verändern. Tatsächlich stellt die Türkei im Südkaukasus ein gewisses Gegengewicht gegen den Machtanspruch Moskaus dar, man kann aber, wie oben bereits festgehalten, in Washington nicht damit rechnen, dass Ankara diesbezüglich eine stärkere Position anstrebt. Außenminister Davutoglu bezeichnete die derzeitige Südkaukasus-Politik als den geopolitischen Gegebenheiten entsprechend

und als mit der Allianz mit dem Westen kompatibel. In der Tat kann in der Region nicht von einer entscheidenden Neuorientierung der Türkei zu Lasten Westeuropas oder der USA gesprochen werden.

Was die türkischen EU-Ambitionen betrifft, so werden diese seitens Georgiens, Aserbaidschans und Armenien befürwortet, da diese im Falle des Beitritts dann eine gemeinsame Grenze zum Raum der Union bekommen. Tbilisi und Baku erhoffen zusätzlich, in der Türkei einen Befürworter ihrer eigenen Interessen gegenüber der EU zu erhalten. Da die Türkei ein wichtiger Wirtschaftspartner aller drei südkaukasischen Länder ist, rechnen diese damit, dass auch ihr eigener Warenaustausch mit den EU-Staaten zunehmen würde. Wenn auch nicht offen ausgesprochen, haben die drei Länder – sogar Armenien – langfristig die Illusion einer Erweiterung der EU auch auf sie. Ein Scheitern des türkischen Beitritts würde diese Hoffnung zunichte machen.

Aus Sicht der EU ist festzustellen, dass sich deren Interessen im Südkaukasus hinsichtlich Sicherheit, Stabilität, Demokratie etc. mit jenen der Türkei decken. In diesem Sinne sollten Möglichkeiten der Kooperation in diesem Raum gesucht werden. In Frage käme hier vor allem der Energiesektor, wo insbesondere betreffend die Energiesicherheit die Ambitionen Ankaras jenen der Union entsprechen. Es sollte auch überlegt werden, wie aus den Beziehungen zur Türkei einerseits und der die drei südkaukasischen Länder umfassenden Östlichen Partnerschaft andererseits Synergieeffekte zu erzielen sind. Auch könnte geprüft werden, wie die EU die guten Kontakte Ankaras zu Aserbaidschan und Georgien für ihre eigenen Projekte in diesen Ländern durch – zumindest teilweise – Einbeziehung der Türkei in diese nutzen kann. Allerdings werden solche Möglichkeiten dann an ihre Grenzen stoßen, wenn die Türkei die Interessen Moskaus einkalkuliert bzw. nichts unternimmt, was diesen zuwiderläuft. Die Chancen der EU, auf die Südkaukasus-Politik Ankaras Einfluss zu nehmen, sind allerdings angesichts der wenig freundlichen Haltung gegenüber der Türkei in der Beitrittsfrage gering und diese verspürt immer weniger Neigung, auf die Interessen Brüssels Rücksicht zu nehmen, vor allem wenn diese nicht den eigenen entsprechen. In diesem Zusammenhang wird seitens einzelner Beobachter befürchtet, aus dem genannten Grund, gepaart mit den immer wieder diffe-

rierenden Positionen der EU und Russlands, könnte zwischen Ankara und Moskau eine Art „Allianz der Zurückgewiesenen“ entstehen (siehe auch im Länderabschnitt Russland).

Kooperationsmöglichkeiten mit der Türkei im Krisenmanagement

Was die Möglichkeiten des internationalen Krisen- und Konfliktmanagement in den ungelösten Konflikten im Südkaukasus betrifft, wäre folgendes festzuhalten:

- Im schlechten Verhältnis zwischen der Türkei und Armenien ist eine Regelung unter Schweizer Vermittlung zwar bereits ausgehandelt, aber nicht effektiv geworden (siehe im Länderabschnitt Armenien). Die Türkei stellt hierfür die oben erwähnte Bedingung eines armenischen Abzuges aus den besetzten aserbaidischen Gebieten. Es ist nicht anzunehmen, dass eine Empfehlung, von dieser abzugehen, Erfolg hätte. Die EU könnte allenfalls versuchen, über die Zivilgesellschaft in beiden Ländern zu einem günstigen Klima beizutragen, um die nationalistischen Kreise zu schwächen. Ferner könnte angestrebt werden, Ankara zu einer Änderung seiner ablehnenden Haltung in der „Genozid“-Frage zu bewegen, mit dem Hinweis, dass dies sein internationales Prestige verbessern würde.
- Hinsichtlich der territorialen Konflikte in Georgien entspricht die derzeitige Situation zwar nicht dem internationalen Recht, eine Lösung im Sinne einer Wiedereingliederung Abchasiens und Südossetiens in den georgischen Staatsverband ist jedoch nicht realistisch. Allfällige Bestrebungen der EU zur Vermittlung würden auf glatte Ablehnung seitens Moskau sowie der beiden Regionen stoßen.
- Betreffend Nagornij-Karabach bemüht sich die Minsk-Gruppe seit Jahren um eine Lösung. Angesichts deren Erfolglosigkeit gibt es immer wieder Stimmen, u. a. teilweise auch aus Ankara, die eine Änderung des Formates fordern. Hier könnte der EU eine Rolle zukommen – eventuell im Zusammenhang mit der Teilnahme sowohl Aserbaidischans, als auch Armeniens an der Östli-

chen Partnerschaft. Eine Kooperation mit der Türkei ist hier aber derzeit wegen deren engen Verhältnisses zu Baku und mangels einer Normalisierung mit Jerewan nicht möglich.

Sollte der Konflikt allerdings gelöst werden, was auch eine Bereinigung des türkisch-armenischen Verhältnisses mit sich bringen würde, so käme die Stationierung internationaler Friedenstruppen an der Grenze zwischen Aserbaidshan und Armenien in Frage. In diesem Falle könnte auf politischem und auch militärischem Gebiet eine Zusammenarbeit zwischen der EU bzw. Österreich und der Türkei Platz greifen. Diesbezügliche gute Erfahrungen gibt es bereits auf dem Westbalkan.

Quellennachweis

B. Aras, P. Akpınar: The relations between Turkey and the Caucasus, Perceptions, Autumn 2011, Vol. XVI, Nr. 3

B. Aras: Turkey and the Russian Federation: An Emerging Multidimensional Partnership, SETA Policy Brief, Nr. 35, 2010

T. Aybak: Russia and Turkey: An Ascendant Strategic Partnership in the Black Sea Neighbourhood, The Black Sea Region and EU Policy: The Challenges of divergent Agendas, Henderson, Farnham, Ashgate, 2010

M. Aydın: Turkey's Caucasus Policies, UNISCI Discussion Papers, No. 23 (May 2010)

D. Bazoglu Sezer: Turkish-Russian Relations: The Challenges of Reconciling Geopolitical Competition with Economic Partnership, Turkish Studies, Vol. 1, Nr. 1 (Spring 2000)

M. Falkowski: Turkey's game for the Caucasus, OSW Commentary, Center for Eastern Studies, Issue 29/October 2009

E. Fotiou: Caucasus Stability and Cooperation Platform: What is at stake for Regional Cooperation, ICBSS, Policy Brief no. 16, June 2009

N. Göksel: The Rubik's Cube of Turkey-Armenia Relations, UNISCI Papers, No. 23 (May 2010)

N. Göksel: Turkish policy towards the Caucasus, A Balance Sheet of a Balancing Act, EDAM Black Sea Discussion Paper Series – 2011/1

B. Gültekin: Prospects for regional cooperation on NATO's southeastern border: Developing Turkish-Russian cooperation in the South Caucasus, Insight Turkey, Vol. 7/Number 4, Oct.-Dec. 2005

B. Gültekin Punsmann: Search for regional accountability and ownership in a shared neighbourhood: Can a Turkish-Russian partnership coordinated with EU actions open new perspectives for peacebuilding in the South Caucasus, European Security and Defence Forum (ESDF), Chatham House Nov. 2010

B. Gültekin Punsmann: Turkey's Interest and Strategy in the South Caucasus, South Caucasus' 20 years of Independence, Friedrich Ebert Stiftung 2011

F. Hill, O. Taspinar: Russia and Turkey in the Caucasus: Moving Together to Preserve the Status quo? Research Programme Russia/NIS, January 2006

A. Kornilov, A. Suleymanov: Ankara's Eurasian Diplomacy, The International Affairs, No. 3 (Minneapolis), 2010

F. S. Larrabee: Turkey's Eurasian Agenda, The Washington Quarterly, Center for Strategic and International Studies, Winter 2011

M. Manchkashvili: Turkey and Security in South Caucasus. The Caucasus Stability and Cooperation Platform, Journal of Social and Political Studies, Vol. 11, Issue 4, 2010

M. Marder: Turkish Foreign Policy in the South Caucasus, PS 189: Turkish Foreign Policy, Fall 2010

F. Özbay: The Relations between Turkey and Russia in the 2000s, Perceptions, Autumn 2011, Vol. XVI, Nr. 3

J. Pleninger: Die militärischen Beziehungen der Türkei im Südkaukasus unter besonderer Berücksichtigung des russischen Einflusses, 2012

O. Tanrisever: Turkey and Russia in Eurasia, The Future of Turkish Foreign Policy, L. Martin, D. Keridis (eds.), Cambridge, MA: The MIT-Press, 2004

I. Torbakov: Russia and Turkish-Armenian Normalization: Competing Interests in the South Caucasus, Insight Turkey, Vol. 12/Nr. 2/2010

I. Torbakov: The Georgia crisis and Russia-Turkey relations, The Jamestown Foundation, 2008

TÜRKSTAT (Türkisches Statistisches Zentralamt)

M. Vindimian: Evolution of Turkish Foreign Policy towards Georgia, ISPI Policy Brief, Nr. 196, September 2010

G. Winrow: Turkey, Russia and the Caucasus. Common and Diverging Interests, Chatham House Briefing Papers, November 2009